Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: S 8,-
P.b.b.

Erscheint jeden zweiten Montag. Redaktion: Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180.- Halbjahresabonnement S 100.- Zu beziehen über: KB Österreichs — Vertrieb

Nr. 17/80
14.7.1980

Metallarbeiter: Schon seit vier Jahren Reallohnabbau!

Auch wenn Benya noch so unverfroren seine Formel von der jährlichen Reallohnsteigerung herbetet, der Bankrott der Lohnpolitik des ÖGB läßt sich nicht verbergen. Hätte es nur die durch die Gewerkschaften ausgehandelten Ist-Lohnerhöhungen gegeben, so wären in den letzten dreizehn Jahren die Reallöhne jährlich um 0,84 Prozent gesunken. In dreizehn Jahren also um rund 11 Prozent! Zu den gewerkschaftlich ausgehandelten Lohnerhöhungen kamen dann noch die Lohnerhöhungen, die die Arbeiter innerbetrieblich oder individuell durchsetzten. Nur dadurch konnte der Durchschnitt der Reallöhne jährlich um 0,85 Prozent steigen. Doch diese minimalen Reallohnsteigerungen reichen erstens nicht aus, um die steigenden Wiederherstellungskosten für die Arbeitskraft zu decken. Zweitens aber hat die Lohnpolitik der Gewerkschaft dazu geführt, daß die Kapitalisten die Spaltung und Zersplitterung unter den Arbeitern immer weiter vorantreiben konnten, und daß Teile der Arbeiterklasse gegen den Reallohnabbau wehrlos waren.



Das ist die Bilanz der gewerkschaftlichen Lohnpolitik: Bereits 1977 setzt für die Metallarbeiter Reallohnabbau ein, der bis heute angehalten hat. Damit muß Schluß gemacht werden!

Seit 1977 ist der Reallohnabbau allgemein geworden.

Der Weg, den die ÖGB-Führer der Gewerkschaft aufzwingen, ist auf die Dauer für die Arbeiter nicht gangbar.

Soll nicht 1980 das vierte Jahr des allgemeinen Reallohnabbaus werden, müßten Forderungen erhoben und durchgesetz werden, die zumindest den erreichten Reallohnstand sichern, die unteren Lohngruppen nachziehen und Fortschritte für die Einheit der Arbeiterschaft bringen.

Seite 7

Spendet für das Rote Kreuz Kampucheas

Das Volk von Kampuchea, das vor fünf Jahren die amerikanischen Imperialisten aus dem Land gejagt hat, um die sozialistische Revolution einzuleiten, kämpft nun einen heroischen Volksbefreiungskrieg gegen den vietnamesisch-sowjetischen Aggressor, der das Land verwüstet und das Volk auszurotten versucht. Der Kampf steht nun in der Übergangsphase von der Erhaltung der eigenen Kräfte zu wirkungsvollen Schlägen gegen die Besatzer.

Das Demokratische Kampuchea kämpft an vordester Front gegen den sowjetischen Hegemonismus und die Kriegsvorbereitungen.

Das Zentralkomitee hat im März dazu aufgerufen, bis Ende Juli 200.000 Schilling für das Rote Kreuz von Kampuchea in einer öffentlichen Sammlung aufzubringen. Zehntausende Menschen wurden seitdem über den Befreiungskrieg des Demokratischen Kampuchea informiert, mehr als 2000 haben sich bis jetzt an der Sammlung beteiligt und 195.000 aufgebracht.

Die Spendensammlung geht jetzt in ihre Abschlußphase. Ihr bisheriger Verlauf zeigt die wachsende Bereitschaft zur internationalistischen Unterstützung Kampucheas durch das österreichische Volk und die Zurückweisung der chauvinistischen Lügen und Hetze der Bourgeoisie gegen die Regierung Kampucheas. Das ZK hat nun aufgerufen, das Spendenziel zu übertreffen und eine Viertelmillion für das Rote Kreuz von Kampuchea aufzubringen.

SPENDE AUF DAS KONTO:
P.S.K. 1.319.824

Mietengesetznovelle passiert den Ministerrat

Vergangene Woche hat der Entwurf für ein neues Mietengesetz den Ministerrat passiert. Es ist daher damit zu rechnen, daß das neue Gesetz bereits im Herbst als Regierungsvorlage ins Parlament gehen wird und eventuell bereits ab 1.1.81 wirksam sein könnte.

Von der Regierungspartei und der von ihr dominierten Mietervereinigung ist dieses neue Gesetz als ein Gesetz im Interesse der Mieter dargestellt worden, da mit seiner Hilfe nun endlich der österreichische Althausbestand unter dessen schlechtem Zustand vor allem die Lohnabhängigen zu leiden haben, saniert werden soll.

Das einzige, was dieses Gesetz jedoch wirklich bringen wird, ist eine starke Erhöhung der Mietzinse. Das Privateigentum an Grund und Boden und alle daraus folgenden Übel werden natürlich bestehen bleiben.

Lesen Sie dazu unseren Artikel auf Seite 5.

Zweierlei Mass beim Stromtarif

Zwischen 6 und 14% wurden bereits mit Jahresbeginn die Stromtarife erhöht.

Dies führte vorerst zu einer entsprechenden Erhöhung der Gesamtstromrechnung.

Nun jedoch wurde diese Erhöhung erst in die verschiedenen Stromtarife "eingebaut", erfolgte erst die Tarifierung. Mit 1.7. ist sie in Kraft getreten.

Die besondere Art, in der die seit Jänner gültige Erhöhung nun auf die Tarife umgelegt wurde, führte allerdings dazu, daß wieder einmal die Haushalte mehr zahlen müssen, als die Industrie. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die schon bisher dazu geführt hat, daß die Haushalte für den Strom um fast 80% mehr zahlen müssen, als die Kapitalisten.

Lesen Sie dazu unseren Beitrag auf Seite 4.

Krisenzeichen mehren sich

Die Anzeichen für eine weltweite Wirtschaftskrise mehren sich. Ziemlich klar zeigt sich, daß die Überproduktionskrise in den USA die schwerste der Nachkriegszeit werden wird. Auch in Westeuropa – und nicht nur in England, wo die Produktion bereits rapid zurückgegangen ist – wird bereits deutlich, daß ein neuerlicher Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft bevorsteht.

Seite 6

Eine Viertelmillion für Kampuchea!

Die Unterstützungkampagne des KB für das Demokratische Kampuchea geht nun in die Zielgerade. Im März 1980 hat das Zentralkomitee des KB Österreichs beschlossen, in einer Solidaritätskampagne für Kampuchea Propaganda für den Kampf dieses heldenhaften Volkes zu machen und für das Kampucheanische Rote Kreuz mindestens 200.000 Schilling zu sammeln.

Heute, zweieinhalb Wochen vor Abschluß dieser Kampagne, sind wir unserem Ziel bereits sehr nahe gekommen. In den viereinhalb Monaten, die die Kampagne bisher lief, konnten wir mit -zig Agitationsständen in Wien, Graz, Klagenfurt/Celovec und Salzburg, nicht zuletzt bei den Betrieben, wo unsere Zellen arbeiten, zehntausende Menschen über den Befreiungskampf Kampucheas informieren und so der bürgerlichen Lügenpropaganda einen ersten Schlag versetzen. Ebenfalls dazu beigetragen haben Veranstaltungen in mehreren österreichischen Städten, bei denen ein Vertreter der kampucheanischen Patrioten über die Lage und die Ziele des Kampfes gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression berichtete.

Der Stand unserer Spendensammlung hat heute bereits 194000,- Schilling erreicht. Zu diesem Ergebnis haben an die 2000 Menschen beigetragen. Als einfache Lohnabhängige konnten sie keine großen Beiträge springen lassen. Die meist geringe Höhe der gespendeten Beiträge zeigt deutlich, daß die Solidarität mit dem kampucheanischen Volk, das gegen die vietnamesischen Aggressoren nicht zuletzt seine sozialistische Gesellschaft verteidigt, auch bei uns in Österreich vor allem von denen kommt, die selbst nichts besitzen als ihre Arbeitskraft und für die es letztendlich außer dem Kampf um die sozialistische Revolution keine Perspektive gibt.

Insofern ist die bisherige Bilanz der Kampagne ermutigend. Sie zeigt, daß eine gerechte Sache, wenn sie richtig vertreten wird, unter den Volksmassen auf Unterstützung trifft, selbst wenn diese gerechte Sache seit Monaten und Jahren im Kreuzfeuer bürgerlicher Hetz- und Lügenpropaganda steht. Schon die bisherigen Ergebnisse sind ein Erfolg für den proletarischen Internationalismus und für die Sache der Weltrevolution und ein Rückschlag für die Reaktion.

Darüber darf jedoch nicht übersehen werden, daß 200.000 Schilling für den gewaltigen Kampf, den das kampucheanische Volk führt, nur eine kleine Hilfe sind. Die österreichische Bundesregierung hat es bisher bekanntlich abgelehnt, die von uns für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea gesammelten Spenden zu verdoppeln. Die Regierung hat in der Vergangenheit eine Spendensammlung für den Wiederaufbau Vietnams durch Verdoppelung der Spendengelder unterstützt und sie hat dies zuletzt auch für eine Sammlung für thailändische Flüchtlingslager in Aussicht gestellt. Daß sie für das Demokratische Kampuchea jeden Schilling verweigert, zeigt deutlich, daß sie nicht im Traum daran denkt, gerade die Kraft zu unterstützen, die mit dem Mittel des Volksbefreiungskrieges als einzige imstande ist, das "Kampuchea-Problem" zu lösen.

Derzeit wird es uns sicherlich nicht gelingen, durch intensive Solidaritätsarbeit die Spendensumme zu verdoppeln. So oder so denken wir jedoch, daß es unbedingt nötig ist, das Ziel von 200.000,- Schilling möglichst weit zu übertreffen. Auch wenn letztendlich der Gesamtbetrag - gemessen am schweren Kampf des Demokratischen Kampuchea - nur geringfügig sein wird, so wollen wir doch dafür sorgen, daß er möglichst hoch ausfällt. Gerade die Weigerung der Regierung, den gerechten Kampf Kampucheas materiell zu unterstützen, sollte für alle Freunde Kampucheas, für alle friedliebenden Menschen und für alle Antiimperialisten ein Ansporn sein, ihre Bemühungen in der kurzen Zeit, die nun noch bleibt, zu verstärken. Zumindest eine Viertelmillion Schilling sollte Anfang August den Vertretern des kampucheanischen Roten Kreuzes übergeben werden können.

Der KB Österreichs wird jedenfalls alles in seiner Macht Stehende unternehmen, um das geplante Ziel von 200.000,- Schilling zu übertreffen und um eine Viertelmillion zu erreichen. Mit Veranstaltungen in verschiedenen Städten soll Ende Juli die Unterstützungskampagne erfolgreich abgeschlossen werden. Der Endpunkt einer erfolgreichen Kampagne zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea soll gleichzeitig der Auftakt für den Beginn einer kontinuierlichen Kampuchea-Solidarität in Österreich sein. (zk)

SPENDENSTAND VOM 12. 7. 1980

Wien	108.014,04	Klagenfurt/	
Graz	43.360,70	Celovec	6.052,90
Salzburg	28.878,60	Knittelfeld	800,-
Marxist. Studentenbd Sbg	8.000,-	Braunau	309,-

Gesamt: 195.415,24



Ein Agitationsstand der Ortsgruppe Salzburg

Semperit-Arbeiter spenden zweitausend Schilling

Im Vergleich zu einer Caritas-Sammlung oder Feuerwehrsammlung mag das nicht viel sein. Aber die Sammlung zur Unterstützung Kampucheas ist keine solche Sammlung: Hier geht es darum, Geld für ein Volk zu spenden, das von Vietnam und der Sowjetunion überfallen wurde. Aber dieses Volk leidet nicht nur, es kämpft gegen die Besetzer für die Freiheit des Landes. Sein Kampf und seine Ziele werden von den bürgerlichen Medien verunglimpft, der Kampf wird verleugnet, manche Zeitungen rechtfertigen lauthals den Überfall Vietnams und der Sowjetunion.

Zweitausend Schilling von Arbeitern aus einem österreichischen Betrieb der Gummiindustrie haben eine große Bedeutung. Kampuchea ist ein kautschukproduzierendes Land. Die imperialistischen Länder haben jahrzehntelang den Naturkautschuk um ein Butterbrot aus dem Land geholt, die kampucheanischen Kautschukarbeiter verhungern fast, während die großen Reifenkonzerne aufgrund der niedrigen Rohstoffpreise Superprofite einstreiften.

Wir haben in unserer Betriebszeitung regelmäßig über die Lage des Kampfes in Kampuchea berichtet und insgesamt dreimal vor dem Betrieb Spenden gesammelt. Einige Tage vor der letzten Spendensammlung haben wir eine Sondernummer der Betriebszeitung verteilt, in der zum Spenden aufgerufen wurde. Der Aufruf war auch in türkischer Sprache verfaßt, da bei der Semperit über 700 türkische Arbeiter beschäftigt sind. Der Erfolg war, daß bei der dritten Sammlung fast genausoviel gespendet wurde, wie bei den zwei Sammlungen zuvor. Viele Arbeiter sind schon mit dem Geld in der Hand zu uns gekommen. Es haben uns sehr viele türkische Kollegen gespendet.

Das zeigt, daß die Arbeiter bei uns dem Kampf in Kampuchea nicht gleichgültig gegenüberstehen, sich auch von der Hetze von den bürgerlichen Medien nicht verwirren lassen.

Die zweitausend Schilling, die von den Semperitlern gespendet wurden sind ein Beweis dafür, daß durch beharrliche Arbeit der Chauvinismus zurückgedrängt und ein internationalistisches Bewußtsein geschaffen werden kann.

Zweitausend Schilling für den Befreiungskampf in Kampuchea das ist ein Schlag gegen die Bourgeoisie die mit dem Chauvinismus die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern gegen die Arbeiterklasse gegen den Kampf der Dritten Welt aufhetzen will.

Die Zweitausend Schilling sind ein Akt der Einheit zwischen der österreichischen Arbeiterklasse und dem kampucheanischen Volk.

Wie es ein Arbeiter bei der Spendensammlung ausdrückte: "Wenn wir es brauchen werden, werden uns auch die anderen unterstützen". (Zelle Semperit)

Schmidt in Moskau:

Breschnew ist zufrieden

"Noch keinen Durchbruch" sah der westdeutsche Kanzler Schmidt im Ergebnis seiner Gespräche mit der sowjetischen Führung, aber es sei doch "eine neue Situation entstanden". Hauptthemen der Gespräche waren die "Afghanistankrise" und die Frage der Mittelstreckenraketen in Europa. Inwiefern ist hier eine "neue Situation" entstanden? Zieht die Sowjetunion etwa ihre Aggressionstruppen aus Afghanistan ab? Das Gegenteil ist der Fall, das jüngste Betrugsmanöver ist zerstoben, eine Intensivierung des Krieges gegen das afghanische Volk wird vorbereitet. Oder beschränkt die Sowjetunion etwa ihre Aufrüstung auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen? Das Gegenteil ist auch hier der Fall: Bereits 220 der den amerikanischen Mittelstreckenraketen weit überlegenen SS-20-Raketen sind stationiert, zügig wird der Bestand weiter ausgebaut, Breschnew lehnte ein "Einfrieren" der weiteren SS-20-Rüstung ausdrücklich ab; dafür arbeitet die Sowjetunion bereits fieberhaft an einer noch besseren Rakete (FAZ, 5.7.), was vielleicht irgendwann einmal wieder eine "Abrüstungs"-augenauswischerei der dann veralteten SS-20 abgeben kann. Worin liegt also das Neue an der "neuen Situation" Schmidts?

Nach seinen eigenen Worten liegt es darin, das die Sowjetunion wieder mit dem Westen reden will. Es geht um "Abrüstungsgespräche". Ähnlich wie die vielen anderen "Abrüstungsgespräche" der Vergangenheit, zuletzt SALT II, und sicherlich auch mit demselben "Erfolg".

An dieser Stelle ist es nützlich, auf die Vorgeschichte des Schmidtbesuches hinzuweisen: Soeben waren die sowjetischen Truppen in Afghanistan einmarschiert, ein Sturm der Entrüstung erhob sich auf der ganzen Welt, die Sowjetunion war beträchtlich isoliert. Da trat Schmidt auf den Plan und erklärte, daß es "gerade in Krisensituationen besonders wichtig sei, die Gesprächsfäden mit der Gegenseite nicht abreißen zu lassen." (NZZ, 29./30.6.) Die Sowjetunion ließ ihn eine Zeitlang dunsten und "bekundete Mitte April Bereitschaft" zu so einem Treffen. "Nur keine Isolierungs- und Konfrontationspolitik gegen die SU!" Das war die Losung Schmidts, eine Losung, die uns in Österreich von unserem eigenen Bundeskanzler und seiner Knierutscherei gegenüber den sowjetischen Sozialimperialisten gut bekannt ist.

Schmidt hätte in Moskau "hart und kompromißlos" den "Standpunkt des Westens" zu Afghanistan vertreten. Es stimmt, daß er - ganz anders als Kreisky für gewöhnlich - gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan aufgetreten ist. Die Sowjets haben sich das angehört - und am Abend in der Prawda einen Artikel geschrieben, daß Schmidt die Lage falsch beurteile und die pakistanisch-amerikanisch-chinesischen "Intrigen" gegen die "Afghanische Revolution" vertusche. Ustinow, sowjetischer Verteidigungsminister, hat Schmidt dazu erklärt: "Sie haben schon alles gesagt und von uns schon alles gehört". (NZZ, 3.7.) Daß die Sowjetunion von einer Verurteilung ihrer Aggression nicht beeindruckt wird, versteht sich. Interessanter ist der von Schmidt vertretene "Standpunkt des Westens" selbst. Immerhin hat Schmidt an der Notwendigkeit des Abzugs der sowjetischen Truppen festgehalten. Andere, wie Kreisky, können sich eine "politische Lösung" auch ohne das vorstellen. Zugleich jedoch hat er den sowjetischen Machthabern "Brücken gebaut" (FAZ, 2.7.): "Er sprach von den legitimen Interessen auch Rußlands gegenüber Afghanistans; er ging auf den angekündigten Truppenabzug ein, als wäre der ernst zu nehmen." Wie auch beim österreichischen Bundeskanzler Kreisky, da als Vertreter eines großen NATO-Landes nicht ganz so devot und "generös" gegenüber der Sowjetunion, kommt hinter einer oberflächlichen Verurteilung der Afghanistaninvasion - und auch das nur, als eines Ereignisses, das die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion stört, - in Wirklichkeit Beschönigung und Rechtfertigung der sozialimperialistischen Aggression als "legitim" hervor.

"Brücken schlagen" wollte Schmidt auch in der Frage der Mittelstreckenraketen: "Er suchte Breschnew das Einschwenken auf Raketenverhandlungen mit der NATO zu erleichtern." (FAZ, 2.7.) Wie das? Die USA haben bisher immer die Ratifizierung von SAL II an den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan als Voraussetzung gebunden. Schmidt hat dies nicht als Voraussetzung für die Ratifizierung von SAL II behandelt. Sicher, er ratifiziert es ja auch nicht selbst, aber er signalisiert damit neuerlich, daß Westdeutschland die rasche Ratifizierung von SAL II wünscht, wie die Sowjetunion auch. Ohne das würde von vornherein nichts aus seinem Mitbringsel aus Moskau, denn Ratifizierung von SAL II ist die Voraussetzung, die die Sowjetunion ihrerseits für weitere Abrüstungsgespräche erhebt. Schmidt hat sich also erst einmal gegen die USA einspannen lassen und der sowjetischen Position gegenüber den USA den Rücken gestärkt. Zugleich hat die Sowjetunion hier einen neuen Zündsatz in des "atlantische Bündnis" gelegt, und das war ja eines der Hauptanliegen der Sowjetunion beim Schmidtbesuch. Der Köder, den die Sowjetunion auslegte, war: Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen seien auch möglich, ohne daß die NATO zuvor den Nachrüstungsbeschluß zurückgenommen habe. Zumindest hat Schmidt sich in diesem Sinn geäußert. Das hinderte TASS allerdings nicht, eine ganz andere Erklärung herauszugeben: "Eine Aufhebung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses würde Bedingungen schaffen für einen Beginn von Verhandlungen über dieses Problem." (TASS, 2.7.) Aber vielleicht hat es sowjetische Andeutungen in diesem Sinn gegeben. Eine "neue Situation" ist jedenfalls auch hier nicht entstanden, neu nämlich, was die sowjetische Haltung betrifft, die unabänderlich darin besteht, alle militärischen Vorbereitungen zu treffen für den Weltkrieg und den Überfall auf Westeuropa. Übrigens müssen "Verhandlungen" der Sowjetunion keineswegs unbedingt abgerungen werden. Sie könnten ihr gelegen kommen in einer Situation, in der sie durch die SS-20-Rüstung eine Überlegenheit auf dem zu verhandelnden Gebiet hat. Für den Fall von Verhandlungen hat Breschnew bereits erklärt, daß sie vor allem um die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa, um die F-111-Bomber und auch um die Cruise missiles gehen müßte.

Im Endeffekt kann die Sowjetunion voll zufrieden sein und sie hat diese Zufriedenheit auch deutlich demonstriert. Die Kritiken Schmidts haben ihr nicht weh getan. In ihrer Kriegsrüstung und Expansionspolitik läßt sie sich dadurch sowieso nicht beirren. Dafür hat sie von ihm alles Mögliche bescheinigt bekommen, von den "legitimen Interessen" in Afghanistan bis zu ihrem Interesse an Entspannung und Sicherheit in Europa. Die Friedensheuchelei der sowjetischen Führung hat ein breites Forum erhalten; sie hat "Konzessionsbereitschaft" vorspiegeln können, was sie angesichts ihrer verfahrenen Lage in Afghanistan und Kampuchea gut brauchen kann; sie hat in die NATO hineingespalten und neue Spaltungsmöglichkeiten geschaffen; sie hat in der wirtschaftlichen und politischen Köderung der westdeutschen Bourgeoisie Fortschritte erzielt; sie hat schließlich eine gewisse diplomatische Isolierung seit dem Überfall auf Afghanistan durchbrochen.

Kein Wunder, daß umsichtigere Bourgeois diesen Besuch sehr skeptisch beurteilen. In der Neuen Zürcher Zeitung konnte man anknüpfend an die Phrase, daß mit dem Schmidtbesuch jedenfalls Bewegung in die Weltpolitik gekommen sei, die Frage lesen, "wer dort eigentlich wen und was wozu bewegt hat. War das vielleicht doch, einmal mehr, eher russische West-, als deutsche Ostpolitik?" (NZZ 6./7.7.)

Was die internationale Stellung der BRD betrifft, wirft der Schmidtbesuch ein deutlicheres Licht darauf, als der Olympiaboykott, zu dem die westdeutsche Regierung allerdings von vornherein dazugesagt hatte, daß sie eigentlich nichts davon halte. Schmidt in Moskau war den Neuen Zaren jedenfalls sicher wichtiger als eine westdeutsche Olympiamannschaft. (wl)

Puch: Daimler-Benz greift nach Geländewagenproduktion

Am Freitag, den 28. 6., war in großen Lettern in der "Neuen Zeit" (Graz) zu lesen, worüber bei Puch schon ein ganzes Jahr "gemunkelt" wird:"Wird Puch der Bau von Geländewagen schon bald entzogen?" und "Pucharbeiter fürchten um Produktion des 'G'". Bereits seit geraumer Zeit verhandelt die Daimler-Benz AG mit Steyr-Daimler-Puch über eine vollständige Übernahme der Geländewagenproduktion durch die "Geländefahrzeug Ges.m.b.H." (GFG)- an der Puch und Mercedes zu je 50% beteiligt sind. Die Daimler-Benz-Kapitalisten streben gleichzeitig innerhalb der GFG die Mehrheit im Vorstand an.

Sie wollen einen größeren Anteil am Profit aus der Geländewagenproduktion und vor allem das alleinige Entscheidungs- und Verfügungsrecht über die Ausbeutung der Geländewagenarbeiter.

KAPITALISTISCHE KONKURRENZSCHLACHT AUF DEM RÜCKEN DER ARBEITER

Die "Schlacht um Europa" (Daimler-Benz-Schlachtruf 1977) und der "gnadenlose Verdrängungskampf" (Werksdirektor Zeichen ebenfalls 1977) werden auf dem Rücken der Arbeiter beider Konzerne ausgetragen.

Die geplante Ausgliederung der Geländewagenfertigung aus dem Puchwerk würde für die dort beschäftigten Kollegen zunächst einmal bedeuten:

ABBAU VON SOZIALLEISTUNGEN - DRUCK AUF DEN LOHN

Bereits im Frühjahr bzw. Sommer 1979 hat Daimler-Benz einen Vorstoß in Richtung Übernahme der Geländewagenfertigung unternommen, als es um die Frage ging, welche Firma die neueingestellten H2-Arbeiter beschäftigen soll. Von allen Seiten ist darüber "strengstens Stillschweigen" bewahrt worden - leider auch von Seiten des Betriebsrates. In "Roten Motor" vom 14. 8. 1979 hat die Zelle Puch des KB dazu geschrieben:

"Die Kollegen fürchten den Verlust der Treueprämie, Verluste bei der Abfertigung und Benachteiligungen bei Betriebsvereinbarungen zwischen Puch-Kapitalisten und Betriebsrat, da sie in diesem Fall von Puch gekündigt und bei Daimler-Benz (oder der GFG) angestellt werden würden. Genährt wird dieses Gerücht (der Ausgliederung der H2-Produktion.- der Verfasser) auch durch das verstärkte Auftreten der Daimler-Benz-Kapitalisten in Österreich bzw. in Graz ..... Solche Tricks der Kapitalisten sollen einen neuen, versteckteren innerbetrieblichen Lohnraub, vorerst einmal beim H2, durchsetzen helfen. Bei den übrigen kann dann leicht nachgezogen werden ..." So stand es vor einem Jahr und so steht es auch heute: Die Geländewagenarbeiter, die jetzt direkt betroffen sind, befürchten für den Fall der Ausgliederung der Geländewagenfertigung aus dem Puchwerk den Wegfall der Abfertigungsansprüche und aller bei Puch erkämpften innerbetrieblichen Leistungen (die sogenannten "freiwilligen Sozialleistungen"). Tatsächlich wären sie im Fall der Angliederung an die GFG weder bei Puch noch bei Mercedes beschäftigt, sondern bei einem "jungen Unternehmen" (Neue Zeit, 28.6.), wo alle bisherigen innerbetrieblichen Sozialleistungen wieder neu erkämpft werden müßten. Und was unter anderem unter diese "freiwilligen Sozialleistugen" fällt, ist nicht wenig: Die jährliche Treueprämie, der anteilsmäßige Beitrag der Puch-Kapitalisten zur Gruppenversicherung, Werkswohnungen, Firmenpensionszuschüsse und vieles andere mehr.

Daß diese bereits erkämpften Leistungen im Fall der Angliederung anGeländefahrzeug-Ges.m.b.H. unmittelbar abgeschafft werden, ist eine Tatsache (darauf weist auch BRO Hammerl in einer Äußerung am 28. 6. 1980 ausdrücklich hin). Daran ändert auch die "Zusicherung" von Werksdirektor Zeichen nichts, daß "die Arbeiter nichts verlieren würden."

ZERSPLITTERUNG DER BELEGSCHAFT - SCHWÄCHUNG DER KAMPFKRAFT

Gleichzeitig werden durch die Ausgliederung die Geländewagenarbeiter von der "übrigen" Belegschaft bei Puch abgespalten. Einerseits werden die rund 1.000 Kollegen in der 12er Halle (Geländewagen) auf sich selbst zurückgeworfen und sehen sich mit der Geländefahrzeug Ges.m.b.H., mit einem Kapital konfrontiert, in dem einer der größten westdeutschen Automobilkonzerne - Daimler Benz - das Sagen hat. Andererseits werden die Arbeiter- und Arbeiterinnen in der Zweirad- und Pinzgauerfertigung empfindlich geschwächt - nähmlich um 1000 Kollegen, darunter viele kampferfahrene und hochqualifizierte Arbeiter "reduziert".

Im selben Augenblick, in dem sie die Ausgliederung durchführen, werden die Kapitalisten auch damit beginnen, einen Teil der Belegschaft gegen den anderen (z.B. die Geländewagenarbeiter gegen die Arbeiter in der Zweiradproduktion) auszuspielen und z.B. als Lohndrücker einzusetzen.

Die Bedeutung der Zersplitterung der Belegschaft und der Schwäche und der Kampfkraft auf lange Sicht können wir heute noch kaum ermessen. Eines aber ist sicher: Bei jeder Kampftätigkeit bei jeder Auseinandersetzung mit den Kapitalisten wirkt diese Spaltung wie ein Klotz am Bein der gesamten Puch-Belegschaft.

Die Zersplitterung der Belegschaft und die Spaltung in vorerst zwei Teile, ist daher aber nahezu der wichtigste Grund, warum alle Pucharbeiter gegen die Ausgliederung der Geländewagenfertigung sind, egal ob sie nun direkt am Geländewagen arbeiten oder z.B. Maxi montieren.

DAIMLER-BENZ-KAPITALISTEN WOLLEN "DEUTSCHE METHODEN" ZUR STEIGERUNG DER AUSBEUTUNG

Mit der Angliederung der Geländewagenfertigung an die GFG streben die Daimler-Benz-Kapitalisten die alleinige Entscheidungsbefugnis und das alleinige "Kommando" über die Geländewagenproduktion an. Die Bestrebung, im Vorstand der GFG die Mehrheit zu erringen, sind erste Schritte dazu. Sie versprechen sich dadurch eine effektivere Ausbeutung der Geländewagenarbeiter. In den Jahren seit Beginn der Geländewagenentwicklung und insbesondere seit Anfang der Fertigung im Frühjahr 1979 bekamen die Pucharbeiter und -angestellten bereits einiges vom "Kommando" der westeuropäischen Kapitalisten zu spüren. Beginnend mit Rationalisierungen in den Konstruktionsbüros (praktische Einführung der Akkordarbeit) waren es gerade die westdeutschen Daimler-Benz-Manager, die im Werk Thondorf-Graz immer wieder über die "laxen Zustände in der Steiermark" herzogen. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß der Plan, in der Geländewagenfertigung dreischichtig durchzuarbeiten, von diesen Herren kam (in einem ihrer Werke - in Sindelfingen - ist es auch "der Brauch"). Die "dezenten Hinweise" diverser Daimler-Benz-Herren über die "zaghaften Steirer" (gemeint sind die Puch-Kapitalisten) oder die "laxen Steirer" (die ihrer Auffassung nach in der Ausbeutung der Arbeiter noch weit hinten sind), lassen die Behauptung ohne weiteres zu, daß die Daimler-Benz-Kapitalisten - mit dem alleinigen "Kommando" - die Ausbeutung der Geländewagenarbeiter "effektiver" gestalten wollen, wobei sie zurückgreifen auf ihre Erfahrungen, die sie in der Ausbeutung der Daimler-Arbeiter in aller Welt, z.B. auch in Südafrika, haben.

Dabei ist es keineswegs so, daß ein Arbeiter in der Geländewagenfertigung "lieber für die einheimischen Kapitalisten" arbeitet als für die "fremden" Daimler-Benz-Kapitalisten, denn ausgebeutet

Daimler-Benz nimmt Steyr-Daimler-Puch aufs Korn

wird er so und so. Der unter den Puch-Arbeitern und -Angestellten" weitverbreitet Haß gegen die "deutschen Methoden" und das "deutsche Managment" der Daimler-Benz-Leute ist nichts anderes als der Haß auf die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden, die die Daimler-Benz-Leute auf höherer Stufenleiter anwenden als die Puch-Kapitalisten.

Zweifelsohne ist es so, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um den Angriff der Daimler-Benz- und Puch-Kapitalisten auf die Arbeiter bei Puch, insbesondere auf die H2-Arbeiter entgegenzutreten. Keineswegs aber ist es so, daß sich die Pucharbeiter auf den Steyr-Daimler-Puch-Konzern oder auf den Hauptaktionär von Puch - die CA und deren Hauptaktionär, die Republik Österreich mit Kreisky an der Spitze - vertrauen können. Diese Herren - inklusive Regierung mit Kreisky - handeln nach den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus. Sehen sie sich einem stärkeren "Partner" gegenüber, versuchen sie sich mit ihm zu "arrangieren", also doch noch das Beste für ihre Kapitalistenbrieftasche herauszuholen.

ZERSPLITTERUNG DER BELEGSCHAFT DURCH DIE GEPLANTE AUSGLIEDERUNG MUSS VERHINDERT WERDEN

Dies ist ein - unmittelbar für die gesamte Puch-Belegschaft - wichtige Aufgabe. Die Aktionen, die die beiden Betriebsratsobleute Hammerl und Gerth bisher setzten (Herstellung der Öffentlichkeit, Streikdrohung) sind sicher wichtige Schritte dazu.

Allein mit der Hoffnung aber, die Puch-Kapitalisten würden schon "hart" bleiben (Gerth) oder Kreisky würde schon erfolgreich intervenieren, wird sich für die Belegschaft nichts machen lassen.

Abgewehrt können die Angriffe der Daimler-Benz- und Puch-Kapitalisten nur werden, wenn sie dabei auf den Widerstand aller Pucharbeiter stoßen, der sich in Aktionen für Forderungen äußert:

1) **Keine Ausgliederung der Geländewagenfertigung aus dem Puchwerk!**
2) **Keinen versteckten oder offenen Abbau der Sozialleistungen auch nicht für Teile der Belegschaft! Abwehr jedes noch so versteckten Lohnraubes!**
3) **Gegen die Ausdehnung des westdeutschen Daimler-Benz-Kapitals in Österreich!**

ÜBERMACHT DES DAIMLER-BENZ-KAPITALS

Bei ihrer Art der "Kooperation" mit Steyr-Daimler-Puch können sich die Daimler-Benz-Kapitalisten auf ihr (im Vergleich zu Steyr-Daimler-Puch) übermächtiges Kapital stützen:

Mehr als zehnmal mächtiger ist das Daimler-Benz-Kapital als das Puch-Kapital! Der Gesamtumsatz von umgerechnet 165 Milliarden Schilling ist um 16 mal höher als der von Steyr-Daimler-Puch,wobei der Auslandsumsatz von Daimler-Benz 1976 bereits bei 55.7% des Gesamtumsatzes lag.

Die Mittel, die die Daimler-Benz-Kapitalisten in ihrer "Schlacht um Europa" gegen Puch anwenden, sind nicht gerade zimperlich: "Durch die Blume" drohen sie dem Puch-Konzern mit ihrem völligen Rückzug aus der Geländewagenproduktion, was die Puch-Kapitalisten gerade im Vertrieb enorm treffen würde. Dabei nutzen sie (laut Angestellten-BRO Gerth) die extrem kurzen Kündigungsfristen in den Verträgen zwischen Steyr-Daimler-Puch und Daimler-Benz, aber der GFG als Druckmittel aus. Gleichzeitig üben sie über ihr "deutsches Management" in der GFG in der Form Druck aus, als sie eine Drosselung der Geländewagenproduktion fordern und zum Teil bereits durchgesetzt haben (von 35 auf 28 Stück pro Tag). Sie nutzen dabei die - wie im "Roten Motor" 2/80 berichtet - keineswegs so rosige Marktlage auf dem Geländewagensektor aus, um die Puch-Kapitalisten besser in die Zange nehmen zu können. In ihrem Verdrängungskampf gegen Puch - als Teil ihrer "Schlacht um Europa" - kommt den Daimler-Benz-Kapitalisten noch etwas zugute: Der Hauptaktionär der Daimler-Benz AG, mit 28,5% die Deutsche Bank, ist gleichzeitig der wichtigste ausländische Aktionär im Steyr-Daimler-Puch-Konzern; und als solcher führt die Deutsche Bank ihre "Schlacht um Europa" von der anderen Seite her.

PUCH-KAPITALISTEN BEUGEN SICH DEM MÄCHTIGEREN KAPITAL SIE MÜSSEN SICH BEUGEN!

Die Puch-Kapitalisten haben in dieser "Schlacht" die Qual der Wahl. Obwohl auch Werksdirektor Zeichen 1977 für Puch einen "gnadenlosen Verdrängungskampf" propagiert hatte, bleibt für das österreichische Kapital aufgrund der Übermacht des westdeutschen "Kooperationspartners" nur mehr übrig: Die Geländewagenfertigung in unmittelbarer Zukunft "freiwillig" an die Daimler-Benz AG abzutreten oder sich in absehbarer Zeit die GFG "durch wirtschaftliche Zwänge" von Daimler-Benz vollständig "abknöpfen" zu lassen. Klarerweise versucht der verstaatlichte Hauptaktionär von Puch, die CA, die ganze österreichische Staatsgewalt gegen die Daimler-Benz-Kapitalisten einzusetzen. So soll auch Kreisky (nach dem Gespräch von Sekanina) in dieser Angelegenheit "intervenieren". Letzten Endes aber entscheidet - wie alles im Kapitalismus - die ökonomische Macht des Kapitals; und auf diesem Gebiet kann sich weder Steyr-Daimler-Puch mit Daimler-Benz, noch die CA mit dem Hauptaktionär von Daimler-Benz der Deutschen Bank, noch der österreichische Imperialismus mit dem westdeutschen Imperialismus messen.....

Offensichtlich haben sich die Puch-Kapitalisten bereits mit der ersteren Möglichkeit - die Geländewagenfertigung bereits jetzt an die GFG abzutreten - "angefreundet". Einen Hinweis darauf gab Werksdirektor Zeichen, als er von lediglich "Entwicklungs- und Fortschrittsgesprächen" mit Daimler-Benz sprach - so, als ob für Puch alles in bester Ordnung wäre. Unter Umständen erwarten sich die Puch-Kapitalisten von einem solchen Vorgehen ein besseres Mitnaschen an der "effektiveren" Ausbeutung der Geländewagenarbeiter durch das Daimler-Benz-Kapital, als durch eine "sture Haltung". Einen weiteren Hinweis auf eine solche "Taktik" des Puch-Konzerns gab Gen. Dir.Malzacher im Gespräch mit Angestellten-BRO Gerth: Die Wünsche der Daimler-Benz AG seien zu verstehen - angesichts des überwiegenden Engagements von Daimler-Benz im Vertrieb des Geländewagens. So sei der Vertrag mit Steyr-Daimler-Puch der die Beteiligung zu je 50% an der GFG vorsieht, für Mercedes ein ungünstiger Vertrag.... In der Folge jammerte Malzacher über die "Hartnäckigkeit von Daimler-Benz, das Ausgliederungsverfahren dennoch durchzuführen" (Neue Zeit , 2.7.) - so als ob er sagen wollte: Herr Gerth, ihre Bedenken sind schon richtig, aber was können wir schon machen...

Diese Haltung der Puch-Kapitalisten entspricht vollkommen der Logik des Kapitals: Sich mit der Übermacht "arrangieren", damit man nicht alles verliert (wie z.B. Hanomag-Henschel von Mercedes total geschluckt wurde).

Die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Puch werden also gut daran tun, nicht auf irgendein nebuloses "Bekenntnis" des Puch-Vorstandes zu warten und zu hoffen, sondern die Sache selber in die Hand zu nehmen.(rw/Zelle Puch)



Puch-Arbeiter

Zweierlei Mass beim Stromtarif

TARIFIERUNG: NACHSCHLAG AUF DIE HAUSHALTSTARIFE

Mit erstem Jänner dieses Jahres sind die Strompreise um 6% bis 14,9% - je nach EVU (Elektrizitätsversorgungsunternehmen) - angehoben worden. Genauer gesagt, wurde vorläufig die Gesamtstromrechnung für alle Bezieher um diese Prozentsätze bis zur endgültigen Tarifierung erhöht. Diese Aufteilung der beschlossenen Erhöhungen auf die einzelnen Tarife, das heißt Arbeits- und Grundpreis einerseits, die Verbrauchergruppen (Haushalts-, Gewerbe-, Landwirtschafts- und Industriesondertarif) bzw. Sondertarife (wie E-Herdtarif oder Nachtstromtarif) andrerseits wurde nun mit 30. Juni abgeschlossen und ist seit 1. Juli in Kraft. Betont wurde von Seiten des Handelsministeriums, daß sich durch die Tarifierung am Mehrerlös der EVUs nichts geändert hätte; nicht an die große Glocke gehängt wurde freilich, daß bei Tarifierung eine Umverteilung der Preise zu Lasten der Haushalte vorgenommen wurde.

Die Preiserhöhungen wurden fast ausschließlich in die Arbeitspreise, (d.h. die kwh-Preise) eingerechnet, die Grundpreise (Pauschale für die Leistungsbereitstellung) blieb nahezu gleich. Die neuen Haushaltsarbeitstarife betragen zwischen 0,809 S/kWh (Vorarlberg) und 1,12 S/kWh (Wien und Niederösterreich), ohne Mehrwertsteuer; das entspricht einer Erhöhung der Arbeitspreise um 7,4% bis 17,8% gegenüber den 1979 gültigen Preisen. Vor allem von Strommehrverbrauchern wird durch diese Umschichtung der Erhöhung von Gesamt- auf Arbeitspreis auf die kräftige Preisanhebung vom Jänner noch ein zusätzlicher Nachschlag kassiert. In Tabelle 1 ist als Beispiel hiefür die Jahresabrechnung einer Zweikinderfamilie in einer 70qm - Wohnung der Wiener Großfeldsiedlung angeführt, der außer einem Fernwärmeanschluß zum Heizen nur Elektrizität als Energiequelle zur Verfügung steht.

Mit 1. Jänner kletterte die Stromrechnung - unter der Annahme gleichen Verbrauchs - von 7.884 Schilling auf 9.059 Schilling jährlich, die Tarifierung beschert eine zusätzliche Erhöhung von 177 Schilling. Wer allerdings geglaubt hat, daß dafür die Wenigverbraucher billiger als bisher aussteigen, ist auf dem Holzweg. Siehe das zweite Beispiel in der gleichen Tabelle, ebenfalls ein Zweikinderhaushalt in einer etwa gleich großen Wohnung, in der weder elektrisch geheizt noch elektrisch gekocht bzw. Warmwasser bereitet wird und in der kein Geschirrspüler vorhanden ist. Auch hier bringt die Tarifierung eine - wenn auch sehr geringfügige - Erhöhung. Nicht berücksichtigt ist dabei noch, daß spezielle Tarife, die vor allem Haushalte betreffen, überproportional angehoben wurden. So ist der Nachtstromtarif in Wien um 18,5% erhöht worden und für elektrische Raumheizungen, die bis jetzt zum Teil im Gewerbetarif verankert waren, wurde ein neuer Tarif geschaffen. Über seine Höhe ist bis jetzt nichts bekannt geworden, aber die Begründung für seine Einführung, er soll "den Run auf elektrische Raumheizungen verhindern", vermittelt einem schon eine gewisse Vorstellung.

Für das Gewerbe wird die Erhöhung um etwa ein Drittel geringer als am Anfang dieses Jahres festgesetzt, ausfallen. Für viele Kleingewerbetreibende freilich nur ein schwacher Trost, bedeutet für sie eine 10%ige Erhöhung ja denselben Groschenbetrag wie eine 15%ige Erhöhung des Haushaltstarifs. Sie zahlen bisher schon den höchsten Tarif, etwa 50% mehr als die Haushalte (siehe Tabelle 2). Über die Landwirtschaftstarife wurde nichts verlautet.

HAUSHALTS- UND INDUSTRIESTROM: ZWEIERLEI MASS

Dürftig sind auch die Angaben über die Sondertarife der Kapitalisten. Die Industrie, heißt es lediglich, "müsse für die Stromrechnung tiefer in die Tasche greifen", sie werde "um 0,3 bis 0,5% mehr zahlen müssen" (Presse 30.6.1980). Mit dem Tiefer-in-die-Tasche-greifen hat es folgende Bewandtnis:

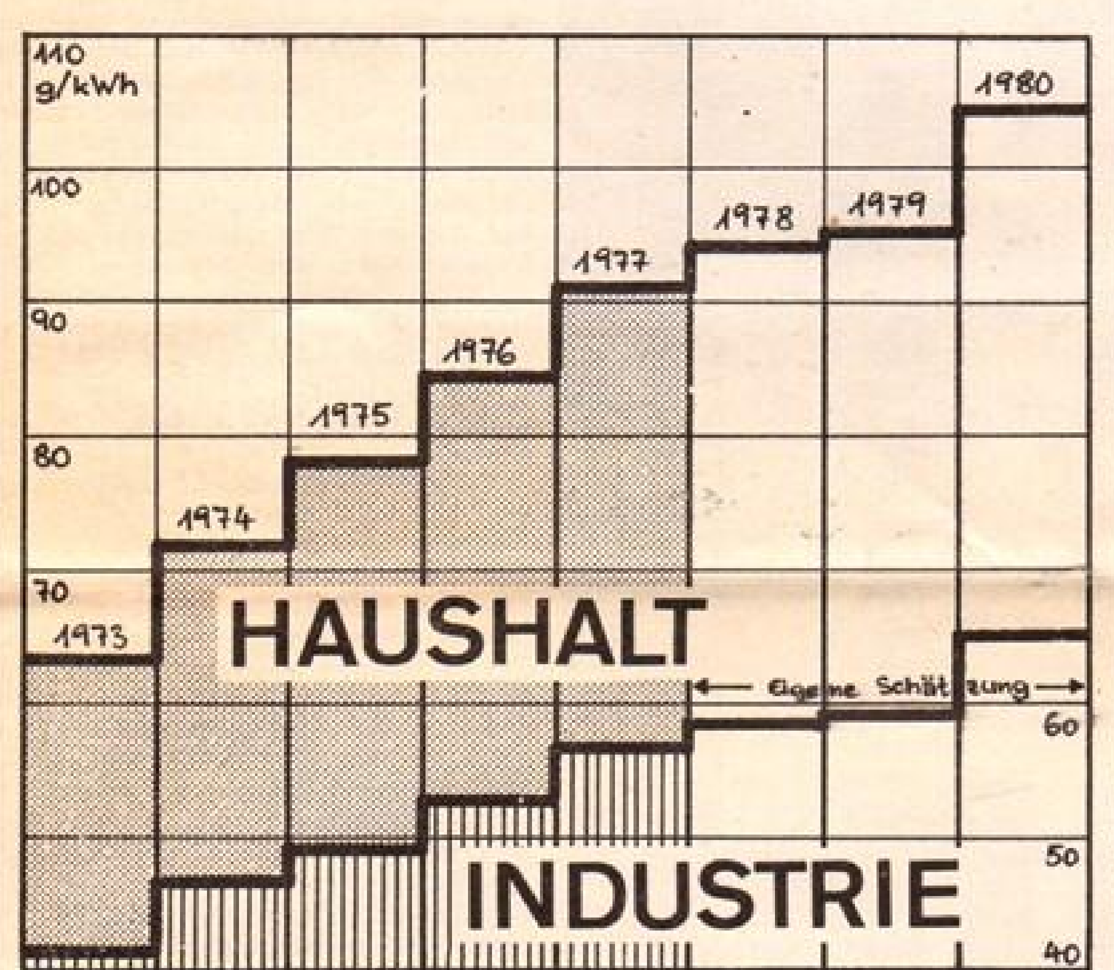
Die Strompreise der Kapitalisten soweit sie nicht als Kleinkapitalisten den Gewerbetarif bezahlen, sind in Sonderverträgen mit den EVUs geregelt. Diese Verträge zählen zu den bestgehütetsten Geheimnissen der Bourgeoisie. Veröffentlicht wird überhaupt nur der Erlös der EVUs aus den Industriesondertarifen im gesamtsterreichischen Durchschnitt, und das mit zweijähriger Verspätung (siehe Tabelle 2). Der Durchschnittserlös der EVUs pro kWh kann am besten für den Vergleich der einzelnen Tarife dienen, da in ihm alle Preisbestandteile berücksichtigt sind. Anhand von Angaben über die Strompreiserhöhungen vom 1. 4. 1978 und 1.1. dieses Jahres, sowie der jetzt erfolgten Tarifierung haben wir versucht, die entsprechenden Durchschnittserlöse für 1977 bis 1980 abzuschätzen (siehe Abb. 1). Für 1980 ist so zu erwarten, daß die Industrie etwa 65,3 Groschen, die Haushalte jedoch 1,05 Schilling für die Kilowattstunde im Durchschnitt zu bezahlen haben. (Dabei ist allerdings noch nicht die überproportionale Erhöhung des Nachtstromes berücksichtigt.) Auffällig ist der krasse Unterschied zwischen den Erlösen aus Haushalts- und Industriestrom und die Tatsache, daß sich die Schere zwischen den beiden Tarifen mit jeder Erhöhung weiter geöffnet hat. Die Kluft zwischen Haushalts- und Industriestrompreis ist sogar schneller gewachsen als der Haushaltspreis selbst. 1973 wurde für den Haushaltsstrom um 53%, 1977 bereits um 61% mehr als für den Industriestrom eingenommen.

Dabei ist zu beachten, daß wir bis jetzt nur die Durchschnittspreise betrachtet haben. Sie werden aber von einer Reihe von Großbetrieben kräftig unterschritten. Vom Aluminiumwerk Ranshofen wurde beispielsweise bekannt, daß sich die Jahresstromrechnung auf 380 Mio Schilling beläuft (Wiener Börsen-Kurier, 14.11.79). Bei einem Verbrauch von 1475 kWh (Verbrauch 78, Energiestatistisches Handbuch 79) errechnet sich daraus ein (Gesamt!)preis von 25,8(!) Groschen/kWh. Da man davon ausgehen kann, daß an Wiederverkäufer (z.B. vom Verbund an Landesgesellschaften) der Strom nicht allzuviel über seinen Gestehungskosten verkauft wird und dieser Wiederverkäuferpreis bereits 1977 46 Groschen/kWh betragen hat (siehe Tabelle 2), kann man schließen, daß Ranshofen für Elektrizität weniger als die Gestehungskosten bezahlt. Von anderen industriellen Stromgroßverbrauchern läßt sich ähnliches vermuten. Mit den relativ hohen Tarifen bei Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft werden diese geringen Ausgaben der Großkapitalisten für Strom gestützt, die Kleinverbraucher subventionieren mit ihrer Stromrechnung die Großverdiener (siehe Abb. 2) Hohe Strom- wie überhaupt Energiekosten drücken die Profitrate des Kapitalisten; mehr Kapital muß vorgeschossen werden, um dieselbe Profitmasse zu erzielen. Verständlich das vehemente Interesse der Kapitalisten am Drücken der Energiepreise, verständlich ihre Liebe zum gespaltenen Stromtarif. "Man müsse bedenken, daß für die Industrie der (Strom)preis in erster Linie ein Kostenelement für die Produktion darstelle", begründet daher auch Industriellenchef Igler die Kapitalistenforderung, daß der Industriesondertarif nicht mit demselben Groschenbetrag wie der Haushaltstarif belastet werden könne. (Wiener Zeitung, 15.2.1980).

TARIFIERUNG: HAUSHALTSSTROM UM 10 GROSCHEN JE kWh, INDUSTRIESTROM UM 6 GROSCHEN VERTEUERT

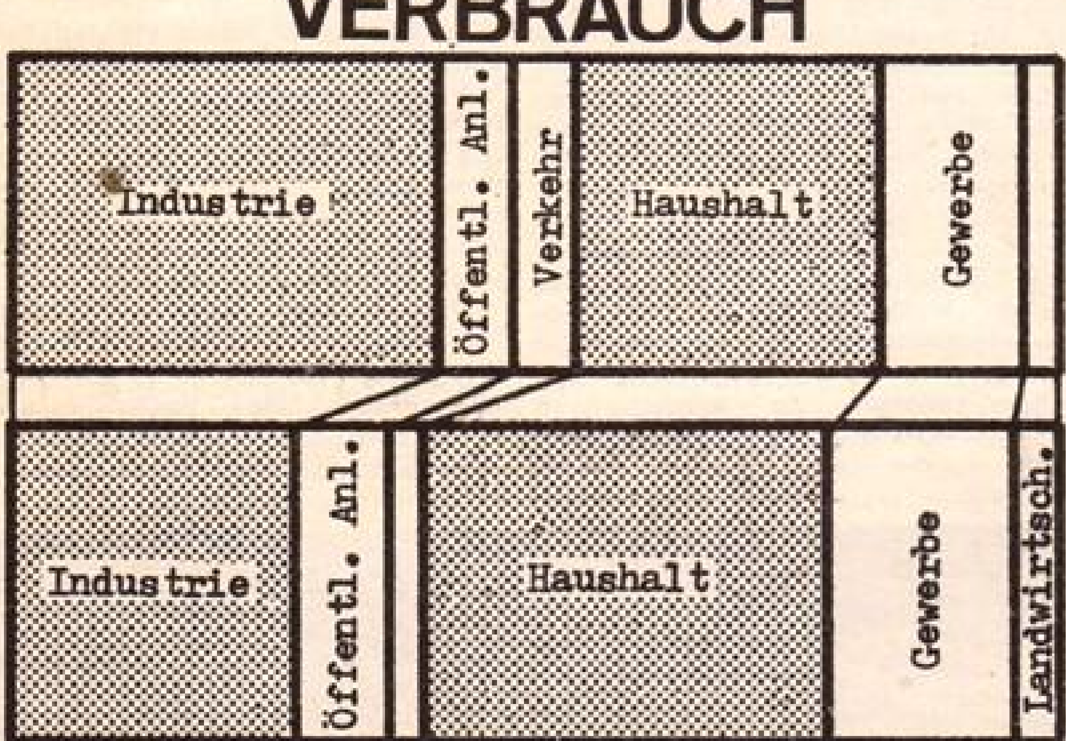
Die letzte Strompreiserhöhung so zu tarifieren, daß sämtliche Arbeitspreise um denselben Groschenbetrag angehoben werden, wurde von Staribacher im vergangenen Dezember vorgeschlagen, offensichtlich um wenigstens "gerechte", wenn schon geschmalzene Preiserhöhungen zu verordnen, sprich: um den Widerstand in Grenzen zu halten. Dagegen lief das Kapital sofort Sturm. Aus Protest gegen dieses "völlig unzumutbare Verfahren" verließen am 21. Dezember vergangenen Jahres die "Vertreter der Wirtschaft" die Amtliche Preiskommission. Eine "Tarifentzerrung", im Klartext: ein weiteres Öffnen der Schere zwischen Haushalts- und Industrietarif, wurde gefordert. Die Verhandlungen scheiterten damals, die Tarifierung wurde vertagt, angeblich weil sie "zu komplex" sei. Nicht vertagt wurde das Inkrafttreten der saftigen Preiserhöhungen. Jetzt, ein halbes Jahr später, fühlt sich der Handelsminister sicher genug, auf die "Gerechtigkeit" verzichten zu können. Von der "gerechten Tarifanhebung" vom gleichmäßigen Groschensatz ist keine Rede mehr. Ein sicheres Indiz dafür ist, daß von Seiten der Kapitalisten kein Protest gegen das "Tiefer in die Tasche greifen" laut wird. In der Tat läßt sich nach unserer Abschätzung ein Durchschnittserlös aus Industriestrom von 65,5 Groschen je kWh aufgrund der Tarifierung gegenüber 59,2 Groschen im ersten Halbjahr 1980 errechnen. Das heißt, im Jahresdurchschnitt werden die Kapitalisten 1980 um 6 Groschen für die Kilowattstunde berappen, die Haushalte allerdings um 9,9 Groschen (siehe Abb. 1) mehr. Die Umverteilung der Stromkosten zugunsten der Kapitalisten geht weiter. (wsch)

Abbildung 1:



Die Kluft zwischen Haushaltsstrompreis und Industrietarif wird immer größer. Quelle: Energiestatistisches Handbuch 1975 - 1979 (Erlösstatistik) Aufgetragen wurden die Durchschnittserlöse der 15 großen EVUs. Die Werte für 1978 bis 1980 wurden aus den Angaben der E-Wirtschaft über die letzten beiden Strompreiserhöhungen und die vorgenommene Tarifierung unter einer Annahme der Verbrauchsstruktur der Bundesländer wie 1978 geschätzt. Die überproportionale Erhöhung des Nachtstromtarifs und der neue Tarif für elektrische Heizungen ist im Haushaltspreis 1980 noch nicht berücksichtigt.

Abbildung 2:



Kleinverbraucher von Elektrizität subventionieren Großverbraucher. Abgabe und Erlös der 15 großen EVUs 1977, gegliedert nach Verbrauchergruppen. (Quelle: Tabelle 2). Die Industrie bezieht 41% der Gesamtstrommenge, bestreitet aber nur 27.5% des Erlöses. Umso mehr müssen die Kleinverbraucher berappen.

Tabelle 1:

	Grund- und Meßpreis (S)	Arbeitspreis (S)	Summe (S)	8 % MWSt	Gesamt (S)
BEISPIEL 1: STARK ELEKTRIFIZIERTER HAUSHALT					
Jahresabrechnung 1979 (Verbrauch: 7.392 kWh)	270,-	7.030,-	7.300,-	584,-	7.884,-
nach Erhöhg.1.1.			8.387,70	671,02	9.058,72
nach Tarifierung	270,-	8.281,-	8.551,34	684,11	9.235,45
BEISPIEL 2: SCHWACH ELEKTRIFIZIERTER HAUSHALT					
Jahresabrechnung 1979 (Verbrauch: 1.699 kWh)	264,-	1.609,12	1.873,12	149,85	2.022,97
nach Erhöhg.1.1.			2.152,21	172,18	2.324,39
nach Tarifierung	264,-	1.895,54	2.159,54	172,76	2.332,31

Stromtarifierung: Mehrverbraucherhaushalte werden nochmals zur Kasse gebeten, für Stromwenigverbraucher wirds dadurch nicht billiger.

Tabelle 2:

	Zahl der Anlagen	Abgabe loco Anlage	Durchschnittsverbrauch	Leistungspreise, rundpreise	Meßpreise, Zählermieten etc.	Arbeitspreise	Durchschnittserlös
		GWh	kWh	Mio S	Mio S	Mio S	g/kWh
Abgabe an Letztverbraucher							
Haushalt:	2.388.796	6.822,32	2.855	812,10	482,89	4.924,22	91,2
Gewerbe:	617.352	3.239,07	5.246	1.644,61	105,63	3.102,41	149,8
Landwirtschaft	181.967	813,65	4.471	165,87	48,30	663,99	107,9
Summe I	3.188.115	10.875,04	3.411	2.622,58	636,82	8.690,62	109,9
Industrie	7.067	9.490,45	1.342.924	1.661,06	14,75	3.716,00	56,8
Öffentliche Anlagen	9.129	1.646,62	180.372	550,24	7,10	1.032,04	96,5
Verkehr	806	1.262,84	1.566.799	190,81	1,84	481,07	53,3
Summe II	17.002	12.399,91	729.320	2.402,11	23,69	5.229,11	61,7
Summe I + II	3.205.117	23.274,95	7.261	5.024,69	660,51	13.919,73	84,2
Abgabe an Wiederverkäufer							
Inland:	205	13.291,11	64.834.682	1.566,79	2,16	4.550,21	46,0
Export:	22	5.101,64	231.892.727	179,95	0,03	1.531,07	33,5

Auszug aus der "Erlösstatistik 1977"
Verbundgesellschaft, Landesgesellschaften und EVU der Landeshauptstädte (Zusammenfassung der Meldungen der sogenannten 15 großen EVU) (aus: Energiestatisisches Handbuch 1979)

Althaussanierung durch Mietzinserhöhung?

In der vergangenen Woche hat die Mietengesetznovelle den Ministerrat passiert. Das ist gleichbedeutend damit, daß Brodas Gesetzesentwurf bereits im heurigen Herbst als Regierungsvorlage dem Nationalrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Von der "AZ" auf Probleme der Beschlußfassung angesprochen, erklärte Broda: "Wir werden uns natürlich auch hier um einen Konsens bemühen, aber die Mietrechtsreform wird auf jeden Fall zustandekommen, weil wir sie brauchen". "Die Erhaltung des Althausbestandes ist das Ziel, dem wir uns zu stellen haben. Das ist das Ziel der Reform, dem man alles unterordnen muß."

Tatsächlich ist das Problem der Althaussanierung für die Regierung eine wichtige Sache. Ein großer Teil der österreichischen Häuser ist überaltert und abgewohnt. Die Wohnverhältnisse werden immer schlechter, die schlechten sanitären Verhältnissse in den alten Häusern können bald zu einer Gefahr für die Volksgesundheit werden. Wie in allen Fragen geht es der Regierung auch hier darum, Bedingungen aufrechtzuerhalten bzw. zu schaffen, wie sie die kapitalistische Profitproduktion erfordert.
Es geht um Wohnverhältnisse, die dazu geeignet sind, daß die Arbeiter im notwendigsten Maß ihre Arbeitskraft wiederherstellen können.



Justizminister Broda, Mietervereinigungschef Windisch: "Hausbesitzer nicht imstande, ihre Häuser zu erhalten..."

WER ENTSCHEIDET ÜBER DIE ALTHAUSSANIERUNG?

Die wirklichen Wohnverhältnisse werden aber nicht von den Wünschen der Bourgeoisie und ihres Staates bestimmt, sondern sie werden bestimmt von den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise. Wie die Wohnverhältnisse aussehen, das wird bestimmt durch das kapitalistische Privateigentum an Grund und Boden. Wie alle Produktionsmittel so haben im Kapitalismus auch Grund und Boden Kapitalscharakter. Wie es eine industrielle, eine Handelsbourgeoisie etc. gibt, so gibt es als Teil der Kapitalistenklasse auch die Grundeigentümer, Personen mit dem Monopol, "über bestimmte Portionen des Erdkörpers als ausschließliche Sphären ihres Privatwillens mit Ausschluß aller anderen zu verfügen" (Karl Marx).

Grundbesitzer sind gleichzeitig auch Kapitalbesitzer. Einerseits ist Kapital nötig, um Grund zu erwerben, andererseits existiert das Kapital gerade in der Form des Eigentums an Grund, der jederzeit wieder in Kapital zurückverwandelt werden kann. So wie alle Kapitalisten ihr Kapital nicht deshalb in Produktionsmittel umwandelt, um sich etwa an deren Besitz zu erfreuen, so wandeln auch die Grundeigentümer ihr Kapital nur deshalb in Grund und Boden um, um Profit daraus zu ziehen. Sie erwerben Grund und Boden, um diesen dann anderen Personen gegen Entgelt zur Nutzung zu überlassen. Die Grundrente, die sie so aus ihrem Grundbesitz ziehen, unterscheidet sich der Sache nach nicht von den Zinsen, auf die man Anspruch hat, stellt man – etwa einer Bank – für eine gewisse Zeit eine gewisse Menge Geld zur Nutzung als Kapital zur Verfügung.

Egal also, ob die Grundbesitzer ihren Boden nun einem Kapitalisten zur Verfügung stellen, der darauf etwa eine Produktionsstätte betreibt, oder ob sie auf ihm ein Wohnhaus errichten, das sie dann einer gewissen Menge Personen überlassen, damit diese eine Unterkunft finden – entscheidende Voraussetzung des ganzen Vorganges ist es, daß die Einkünfte aus der Grundrente nicht niedriger sind, als allfällige Zinseinkünfte aus einer solchen Menge Kapital, wie sie der Grundbesitz darstellt.

Dieser Vorgang ist ganz unabhängig davon, für welchen Zweck der Grundbesitzer seinen Grundbesitz vermietet; unabhängig auch vom Falle, daß der Grundbesitzer auf seinem Boden ein Wohnhaus errichtet und die Wohnungen einzeln vermietet. Die Frage der Erhaltungskosten dieses Wohnhauses stellt sich einmal völlig unabhängig davon, daß die Vermietung der Wohnungen auf jeden Fall einmal die Grundrente abwerfen muß. Wer trägt aber nun die Erhaltungskosten? Das Haus ist selbstverständlich im Besitz dessen, der auch den Boden besitzt. Und es ist – solange es benutzbar, also vermietbar ist – ein Faktor, der den Wert des Grundbesitzes erhöht, genauso wie es etwa die Kanalrohre sind, die im Boden verlegt sind, der Wasseranschluß, eine Straße, etc. Grund und Boden auf dem ein (vermietbares) Haus steht, ist im Prinzip wertvoller, als leerer Grund und Boden. Für letzteren muß weniger Kapital gebunden werden, als für ersteren, oder umgekehrt: Will ein Grundbesitzer Wohnungen vermieten, muß er Kapital nicht nur für den Bodenerwerb binden, sondern auch für die Errichtung eines Wohnhauses. Das Wohnhaus selbst hat an sich keinen Wert, aber es steigert solange es benutzbar ist, den Wert des Bodens auf dem es sich befindet.

Die Mieter eines Wohnhauses zahlen also dem Hausherren nicht bloß soviel, wie in einem bestimmten Zeitraum nötig wäre, um den Boden zu kaufen, auf dem sich das Haus befindet, sondern sie zahlen auch soviel, wie nötig wäre, um nach bestimmter Zeit ein gleichwertiges Wohnhaus auf diesem Grund zu errichten. In jedem anderen Fall stiege ja der Hausherr "schlecht" aus und wäre besser beraten, sein Geld von vorherein gleich dort als Kapital anzulegen, wo es wenigstens durchschnittlichen Profit abwirft.

Aber auch hier ist von Erhaltungskosten noch nicht die Rede. Kassiert, ein Hausherr sagen wir 80 Jahre lang Grundrente für seinen mit einem Wohnhaus versehenen Boden, so ist nichts anderes vor sich gegangen, als daß er 80 Jahre lang sein Kapital in Form des Bodens gebunden hatte und 80 Jahre lang die Zinsen dafür kassiert hat. Ist das Haus nun abgewohnt – gut und schön: Die Mieter haben 80 Jahre lang dafür gezahlt, sie haben das Haus 80 Jahre lang benützt und damit Schluß. Es ist alles wieder wie zuvor. Der Hausherr besitzt weiterhin sein Stück Boden – mit einem inzwischen relativ unbenutzbaren Haus – und er besitzt das Geld, mit dem er wieder ein Haus bauen lassen könnte, die Mieter besitzen, ebenfalls wie von Anfang an, nichts. Wieso soll aber der Hausherr nun sein Geld in die Erhaltung des Hauses stekken müssen? Es ist ja nicht von ihm abgewohnt worden. Er hat ohnehin schon einmal für das Haus bezahlt und hat sich, da er es den Mietern zur Verfügung gestellt hat, dies Geld von den Mietern zurückzahlen lassen. Warum sollen ihm aber nun aus diesem Vorgang irgendwelche Pflichten für die weitere Anwendung seines Kapitals erwachsen? Könnte man nicht geradesogut von irgendeinem anderen Kapitalbesitzer verlangen, er solle mit seinem Kapital das Haus sanieren, oder ein anderes Haus errichten?

Dies ist der Grund dafür, daß einerseits die bestehenden vermieteten Häuser verfallen und andererseits in jedem Fall für die Instandsetzung von Häusern nicht die Grund- und Hausbesitzer, sondern die Mieter aufkommen müssen. Daß so die Mieter für die Instandsetzung von etwas zahlen sollen, was ihnen gar nicht gehört, ergibt sich einfach daraus, daß sie auch etwas benutzen wollen, was ihnen gar nicht gehört. Nach den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie ist das völlig gerecht und schließlich dürfen ja die Mieter sich, sind sie mit dieser Gerechtigkeit nicht einverstanden, selbt Grund kaufen und darauf ein Haus errichten.

Wenn also Wohnhäuser saniert werden, so bedarf das erstens der Zustimmung des Hausbesitzers, da dieser ja seinen Grund geradesogut für andere Zwecke verwenden wollen könnte und zweitens kann dies nur auf Kosten der Mieter gehen.

DAS WESEN DES NEUEN GESETZES – MIETENERHÖHUNG

An diesen Tatsachen können alle bestehenden Gesetze nichts ändern und das ist der Regierung auch gut bekannt. Schon bisher hat ja das Gesetz verlangt, daß die Hauseigentümer 50% der Mieteinnahmen 5 Jahre lang bereitgehalten werden müssen, um allfällige Reparaturen damit zu finanzieren. Trotzdem sind die Häuser weiterhin verfallen und sind allfällige Reparaturen über den §7 auf Kosten der Mieter durchgeführt worden.

Nach außen hin hat im Zuge der Arbeiten an der Mietengesetznovelle die Regierungspartei daher ein großes Geschrei gemacht: Die Mieteinnahmen dürfen überhaupt nur noch für Reparaturarbeiten verwendet werden. Besonders die SP-dominierte Mietervereinigung hat verlangt, daß kein Groschen aus Mieteinnahmen mehr für private Zwecke verwendet werden dürfen soll. Der Gesetzesentwurf der Regierung sieht nun vor, daß 100% der Mieteinnahmen auf 7 Jahre für Reparaturarbeiten bereitgehalten werden müssen und daß eine Entnahme von Geldern während dieser Zeit nur bis zu einer Höhe von 20% und nur im Fall der Durchführung von Reparatureinnahmen erlaubt sein soll. Daß jedoch diese Veränderung sicherlich nicht die Wiederinstandsetzung der alten Häuser bringen wird, dessen ist sich die SPÖ vollkommen bewußt. Was bedeutet diese Einschränkung für die Hausherren? Sie bedeutet erst einmal, daß sie sieben Jahre lang nicht über ihre Einnahmen verfügen können, gegenüber fünf Jahren bisher. Konnte ein Hausherr also etwa im Jahre 1980 erst über die Einnahmen aus dem Jahr 1975 verfügen, wird sich nun dieser Zeitraum verlängern. Und was die Verfügung über das Geld anbelangt, so ist es ein leichtes, sich dieses Geld, daß ja vorhanden ist, jedoch erst später angegriffen werden darf, einstweilen von einer Bank bevorschussen zu lassen, die dafür mit dem gebundenen Geld arbeiten darf. Die Kosten, die für diese Art der Geldbeschaffung anfallen, werden natürlich den Mietern weiterverrechnet. Darüber hinaus werden natürlich die Ablösen, die ja selbst nichts anderes, als eine bestimmte Bevorschussung der Miete darstellen, in die Höhe schnalzen. Broda hatte jedenfalls zu den Ablösen nicht mehr zu sagen, als: "Man kann dem Problem der Ablösen nicht mit Strafbestimmungen allein an den Leib rücken!" Die Verschärfung der Bestimmungen über die Mietzinsreserve sind also reine Augenauswischerei, können jedenfalls nicht dazu dienen, Geld für die Althaussanierung dem Besitz des Hausherren zu entziehen. Deshalb hat die Regierung auch andere Maßnahmen vorbereitet. Die Einführung von Mietzinsobergrenzen (siehe letzte Ausgabe des KLASSENKAMPF) die das Mietzinsniveau in den Althäusern erheblich erhöhen werden und die Einführung von Erhaltungsbeiträgen in Höhe von 66% (!) des Hauptmietzinses. Dazu erklärte schon der Chef der Mietervereinigung Windisch: "Die Hausbesitzer haben – vielfach mit Recht – seit Jahren gesagt, daß sie mit dem Schillingzins nicht imstande sind, ihre Häuser zu erhalten. Das muß man akzeptieren."

Soviel also nun darüber geredet wird, daß man den Zugriff der Hausherren auf die Mietzinseinnahmen beenden müsse, so klar ist gerade bei den Urhebern des Gesetzes, daß eine Erhaltung des Althausbestandes, wenn sie möglich sein soll, jedenfalls nicht von den Hausherren sondern ausschließlich von den Mietern getragen werden kann – deshalb die gesetzlich verordnete Erhöhung der Mietzinse.

Ganz im Gegensatz zu ihren Worten und zu einigen praktisch völlig wertlosen gesetzlichen Bestimmungen gibt es bei der Regierung also den folgenden Gedankengang: Wenn die Hausherren nur die Rente auf den Bodenbesitz und die Miete für die Häuser bekommen, ist der Althausbestand nicht zu retten. Also muß dafür gesorgt werden, daß über zusätzlich von den Mietern aufzubringenden Mittel eine Althaussanierung möglich wird.

Von daher ist also die allgemeine Mietzinserhöhung bereits beschlossene Sache. Werden aber die Gelder, die den Mietern nun zusätzlich entzogen werden, dazu führen, daß sich die Wohnsituation verbessert? Höchstens in dem Maß, als auf diese Weise die Wohnungsvermietung attraktiver wird und die Neubautätigkeit steigt. Aber das eigentliche Problem des Althausverfalls, daß aus dem Privatbesitz an Grund und Boden resultiert bleibt selbstverständlich weiterhin bestehen, und zwar in dem Maß, als der Stachel des zu erreichenden Profits nichts anderes bewirkt. (gf)

Tabakwaren teurer



Trotz gesetzlicher Einschränkung der Tabakwerbung: Austria-Tabakwerke brauchen um ihren Umsatz nicht zu fürchten

Praktisch über Nacht wurden neuerlich die Preise etlicher Zigaretten- und Tabaksorten angehoben. Teurer wurden neben einer Reihe weniger gefragter Marken vor allem die Marken "Jonny", "Memphis" und "Milde", und zwar um S 1,- per Packung. Früher führte die Regierung regelmäßig Verteuerungen sämtlicher Zigarettensorten durch. Seit einiger Zeit ist das anders. Seit einiger Zeit wird die Verteuerung der Tabakwaren nach einem sorgfältig ausgewogenen Stufenplan durchgeführt. Eine Reihe von "Exoten" wird jeweils immer zusammen mit einigen "Marktleadern" im Preis angehoben. So entsteht leicht der Eindruck, die Zigarettenverteuerungen treffe in erster Linie die Verbraucher teurer ausländischer Zigaretten und verschone die anderen. Das Gegenteil ist jedoch wahr. In den letzten ein, zwei Jahren sind die wichtigsten Zigarettensorten, wie "Hobby", "Milde" "Falk" und "Austria 3", etc. stärker im Preis gestiegen als je zuvor.

Ein Besonders freches Manöver haben die Austria-Tabakwerke ja bereits im heurigen Frühjahr vollführt. Die seit 1977 erhältliche und relativ gut gehende Marke "Hobby Extra" wurde von einem Tag auf den anderen plötzlich aus dem Verkehr gezogen. In keiner Trafik war sie mehr erhältlich. Wenig später tauchte die "Hobby Extra" wieder auf: in neuer (Export-)Packung, begleitet von einer massiven Werbekampagne – und um S 1,- teurer pro Packung. Der Slogan unter dem dies vor sich ging lautete bezeichnenderweise: "Ein Hobby, das nur 16 Schilling kostet."

Die neuerliche Zigarettenverteuerung kam etwa zur gleichen Zeit wie der (einstimmige) Nationalratsbeschluß über die Verstärkung des "Kampfes gegen das Nikotin". Dies zeigt deutlich, daß sich der Staat um den Absatz seiner Tabakwaren nicht zu sorgen braucht. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die durch Nikotingenuß entstehende Sucht, verbunden mit dem staatlichen Tabakmonopol, erlaubt es den Rauchern ohnehin nicht, aus den ständigen Zigarettenpreiserhöhungen irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, außer auf billigere Marken umzusteigen.

Im Jahr 1978 erzielten die Austria-Tabakwerke, die sich zu 100% in Staatsbesitz befinden, mit einer Belegschaft von ca. 1.800 Beschäftigten einen Umsatz von nicht weniger als 15,5 Milliarden Schilling. Zum Vergleich: Im gleichen Jahr brachte es der ganze VEW-Konzern mit 26.500 Beschäftigten auf 14,4 Milliarden, der Steyr-Daimler-Puch-Konzern mit 16.800 Beschäftigten auf 11,3 Milliarden. Mit diesem Ergebnis nehmen die Austria-Tabakwerke unter Österreichs "Großen 100" den Dritten Platz ein. Ein deutliches Zeichen, wie die Regierung es versteht, das Tabakmonopol zur Ausplünderung der Volksmassen zu nutzen.

Krisenzeichen mehren sich

Die Anzeichen, daß die allgemeine "Konjunkturabschwächung" die in den westlichen kapitalistischen Ländern teils schon eingesetzt hat, teils bevorsteht, sich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise auswachsen wird, mehren sich. Ziemlich klar ist bereits, daß in den USA die schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg begonnen hat, auch in England hat nach jahrelangem wirtschaftlichen Stillstand die Krise mit voller Wucht eingesetzt. Die Kapitalisten der übrigen westlichen Industrieländer machen sich zur Zeit noch Hoffnungen, mit einem "Konjunkturrückgang" davonzukommen.

Seit dem letzten weltweiten Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft, der 1974 begann, sind die "goldenen Jahre" der Nachkriegszeit endgültig vorbei. Ein Vergleich, zusammengestellt von der "London Business School" (Londoner Wirtschaftsschule), zeigt daß das Wirtschaftswachstum und das Wachstum der Produktivität der Arbeit sich nach 1973 weltweit drastisch verringert haben, und die Arbeitslosigkeit überall zugenommen hat:

WIRTSCHAFTS- UND PRODUKTIVITÄTSWACHSTUM BRECHEN ZUSAMMEN

Durchschnittliches jährliches Wachstum in Prozent

	1960 bis 1973 BNP	Produktivität	1973 bis 1979 BNP	Produktivität
JAPAN	10,2	8,8	4,1	4,7
FRANKREICH	5,7	4,9	3,0	2,8
KANADA	5,6	2,5	3,1	0,3
ITALIEN	5,1	5,6	2,8	1,6
BRD	4,5	4,4	2,4	3,2
USA	4,1	2,1	2,5	0,2
GROSSBRIT.	3,2	3,1	0,8	0,7

BNP: Bruttonationalprodukt, Summe aller Werte, die in einem Land in einem Jahr geschaffen werden.

Besonders auffallend ist hier das ganz krasse Sinken der Produktivitätszuwächse in den USA, in Kanada und in England. Eine Wirtschaft, die die Produktivität der Arbeit nicht mehr steigern kann – und durchschnittliche Steigerungen um 0,2 bis 0,7 Prozent sind schon praktisch "nichts" – ist bereits in Fäulnis übergegangen.

Was die Arbeitslosigkeit betrifft, so haben in der ersten Jahreshälfte 1980 alle angeführten Länder außer Italien bereits mehr Arbeitslose als jemals zwischen 1957 und 1978:

ARBEITSLOSIGKEIT NIMMT WELTWEIT ZU

	1980	1957 bis 1978 Durchschnitt	Höchststand
ITALIEN	7,8	4,0	8,2
USA	7,8	5,0	6,8
KANADA	7,5	5,5	7,1
FRANKREICH	6,6	1,6	2,7
GROSSBRIT.	6,3	2,2	3,8
BRD	3,3	1,4	3,7
JAPAN	2,1	1,1	1,5

Aus all diesen Ländern wird auch gemeldet, daß die Reallohnentwicklung in den Jahren seit 1974 weitaus ungünstiger war als in den Jahren davor. Die Kapitalisten haben überall die Ausbeutung der Arbeiter verschärft, um aus der Krise herauszukommen, und haben gerade dadurch die Voraussetzungen für die nächste Krise geschaffen. Obwohl die Produktion viel langsamer gewachsen ist als in den Jahren vorher, hat es nur fünf Jahre gedauert, bis sie wieder gewaltsam auf die beschränkte Konsumtionskraft der Gesellschaft gestoßen ist, bis sich der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung im Kapitalismus wieder gewaltsam lösen muß, bis der Drang des Kapitalismus nach unbeschränkter Ausdehnung der Produktion wieder zusammenstößt mit den beschränkten Konsummöglichkeiten der ausgebeuteten werktätigen Massen.

Daß der Preisanstieg beim Erdöl die Krise verursacht, behauptet nur die bürgerliche Propaganda. Die Bourgeoisie selbst – wenn sie sich auch die wirklichen Ursachen der Krise nicht erklären kann – glaubt selber nicht an dieses Märchen, und ihre Wissenschaftler gestehen dem Ölpreisschub höchstens verschärfende Wirkung zu.

– Als weitere Krisenursache wird immer wieder angeführt, daß die meisten Staaten nun eine antiinflationäre Wirtschaftspolitik einschlagen, das heißt, daß sie vor allem durch Kreditbeschränkungen und durch Verringerung der Staatsverschuldung die allgemeine Nachfrage reduzieren und so den Preissteigerungen entgegenzuwirken. Auch das ist keine Erklärung, denn die Inflation ist ja gerade Ergebnis dessen, daß durch Kreditwesen und Staatsverschuldung die Nachfrage höher ist, als es der tatsächlichen Konsumkraft der Gesellschaft entspricht. Und das ist eben ein wesentlicher Faktor, der es den Kapitalisten ermöglicht, die Überproduktion eine zeitlang aufrecht zu erhalten. Schlägt nun die Regierung, wie es in den USA der Fall war, eine antiinflationäre Wirtschaftspolitik ein, so kann es sein, daß die Überproduktion schlagartig zu Tage tritt, es macht sich dann eben schmerzlich bemerkbar, daß schon die längste Zeit auf Pump produziert worden ist, für eine Nachfrage, die gar nicht da war.

USA

Wie sieht nun die internationale Konjunkturlage gegenwärtig aus? In den USA setzte nach einjähriger Stagnation und einem Inflationsrekord von 17 Prozent der Rückgang im Februar ein. Im Monat März sank die Industrieproduktion bereits um ein ganzes Prozent, im April um zwei Prozent und Mai um mindestens zwei weitere Prozent. Wenn das Tempo so bleibt, bedeutet das einen Rückgang der Industrieproduktion bis zum Ende des Jahres um 12 bis 15 Prozent!

Allein die Autoindustrie und ihre Zulieferbetriebe erlebten von März auf April einen Produktionsrückschlag um 15%! Doch rückläufig ist die Produktion auch in der Stahl-, Chemie-, Textil- Glas- und Bauindustrie. Die Bautätigkeit ist inzwischen fast auf die Hälfte gesunken, der normale jährliche Wohnungsbedarf wird heuer nur zur Hälfte gedeckt werden. Die Autokonzerne stehen schlechter da als in allen Jahren seit der Rezession 1957/58. Die PKW-Produktion ist im April um 20 Prozent niedriger gewesen als im Vorjahr, die Produktion von LKW um 52 Prozent! Chrysler und Ford sind schon seit langem in der Verlustzone, General Motors erwartet Verluste für das zweite Quartal, zum ersten Mal seit zehn Jahren. General Motors will 10 Prozent seines gesamten Angestelltenstabes auf der ganzen Welt entlassen! Seine Investitionspläne will GM vorläufig noch aufrechterhalten – es geht hier vor allem darum, die Produktion auf kleinere, benzinsparende Modelle umzustellen, was lange verabsäumt wurde. Ford hingegen hat seine Investitionspläne bereits um zweieinhalb Milliarden Dollar gekürzt. Man hat angenommen, daß die amerikanische Autoindustrie trotz der Absatzkrise gewaltig investieren würde, um ihre Konkurrenzfähigkeit – vor allem gegen die japanische Autoindustrie – wiederzuerlangen, und daß diese Investitionen die Wirtschaft noch einmal ankurbeln würden. Doch es zeigt sich, daß ihre Möglichkeiten zu investieren begrenzt sind.

Die Autokrise ist übrigens eine weltweite, und es sinkt nicht nur der Absatz von benzinfressenden Großkutschen, sondern die Massen können sich insgesamt weniger Autos kaufen.

Kanada soll den USA bald in die Krise folgen. Die Auftragseingänge bei der Industrie gehen bereits drastisch zurück, Bauinvestitionen und Einzelhandelsumsätze sinken.

JAPAN

Japan erwartet noch ein relativ kräftiges Wirtschaftswachstum von 4 Prozent (nach 6 Prozent 1979). Dieses Wachstum will es hauptsächlich durch Exporte erzielen, da die Inlandsnachfrage stagniert. Vor allem der private Konsum wird sich wegen geringer Lohnsteigerungen und hoher Inflation (79: 3,6%, 80: 7,5%) kaum steigern können. Der geplante Exportvorstoß stößt aber auf Hindernisse. Der amerikanische Markt, der zu Japans wichtigsten Exportmärkten gehört, schrumpft naturgemäß zusehends. Die Stahlexporte in den USA sind von 6,4 Millionen Tonnen auf 5,5 Millionen zurückgegangen. Um den südostasiatischen Markt führen amerikanische und japanische Stahlkonzerne einen erbitterten Kampf, die Amerikaner versuchen durch Dumping-Preise ihrer nur zu 60 % ausgelasteten Stahlindustrie wenigstens einen mengenmäßigen Auftrieb zu geben. Die japanische Stahlindustrie ist allerdings kaum besser ausgelastet. Autos und Elektrogeräte sind die einzigen wirklichen Renner der japanischen Exportindustrie. Hier versuchen allerdings sowohl die USA, als auch die EWG, sich durch Importbeschränkungen vor dem Vormarsch der japanischen Konkurrenz zu schützen.

Die Arbeitslosigkeit soll in Japan mit 2,1 Prozent verhältnismäßig niedrig bleiben.

WESTEUROPA

Auch in Westeuropa mehren sich die Krisenzeichen. "Soll die Konjunktur verhältnismäßig kräftig bleiben, müßten die privaten Haushalte bereit sein, ihre Spartätigkeit weiterhin einzuschränken, und die Unternehmen dürften ihre Lager nicht abbauen und müßten ihre Investitionspläne aufrechterhalten", äußert die Kommission der Europäischen Gemeinschaft fromme Wünsche. In der Tat hat es nur ganz zu Anfang des Jahres eine gewisse Belebung des privaten Konsums in ganz Westeuropa gegeben, der überall auf Kosten der Ersparnisse der Massen gegangen ist bzw. auch aus Käufen bestanden hat, die wegen erwarteter Preissteigerungen vorgezogen wurden. Da die Ersparnisse der Werktätigen nicht unerschöpflich sind, und die Reallöhne nicht steigen, bleibt – wie das Münchner Ifo-Institut feststellt – nur die Investitionstätigkeit der Unternehmer auf dem Ausrüstungssektor als Träger der Konjunktur. Diese Investitionen dienen allerdings nicht der Erweiterung der Produktion – die Kapitalisten erwarten sich ja keine Absatzsteigerungen mehr – sondern der Rationalisierung, und insbesondere der Energieeinsparung. Doch es zeigt sich, daß dadurch, daß die Kapitalisten einander Produktionsmittel abkaufen, das Werkel nicht länger in Gang gehalten werden kann.

GROSSBRITANNIEN

In Großbritannien ist die Industrieproduktion – nach jahrelanger Stagnation – seit November rückläufig, sie hat bis Februar um 3,5 Prozent abgenommen. Die englische Wirtschaft hat ihr höchstes Niveau vor der letzten Krise – im Jahr 1973 – danach noch gar nicht wieder erreicht. Im April sackte die Wirtschaft erneut ab, die Industrieproduktion ging in diesem Monat um 4,7 Prozent zurück. Massenentlassungen in der Auto-, Bau-, Stahl-, Metall- und Textilindustrie haben das Arbeitslosenheer sprunghaft auf 1,66 Millionen anwachsen lassen, das sind 6,9 Prozent. Man rechnet damit, daß in den nächsten zwölf bis achtzehn Monaten die Zweimillionengrenze überschritten wird.



6,2 Millionen Arbeitslose allein in der EG

WESTDEUTSCHLAND

Bei der größten Wirtschaftsmacht Westeuropas und auch dem wichtigsten Handelspartner Österreichs, in Westdeutschland, haben die rückläufigen Tendenzen im Mai schon eingesetzt.

Bei längerlebigen Gebrauchsgütern sind nicht nur Absatz und Aufträge zurückgegangen, auch die Produktion geht teilweise bereits zurück, vor allem bei Elektrogeräten und Möbeln. Während die Produktion von Autos allgemein zurückgeht (bei PKW bereits um 10 Prozent), ziehen Mercedes, BMW, und VW noch ihren Nutzen aus den Schwierigkeiten von Ford und Opel (GM). Bei Ford und Opel gibt es Kurzarbeit und Entlassungen, Opel hat von 42000 Arbeitern der Rüsselsheimer Werke 4.000 auf die Straße geworfen.

Da die Profitaussichten in der Gebrauchsgüterindustrie sich verschlechtern (bei den Verbrauchsgütern – Nahrungsmittel, Textilien etc. – ist die Lage für die Kapitalisten noch befriedigend), sinkt auch die "Investitionsneigung" dieser Branche, und das bekommt die Investitionsgüterindustrie bereits zu spüren. Im Maschinenbau nehmen die Auftragsbestände bereits ab, und auch bei den elektronischen Investitionsgütern, die ja eine besonders wichtige Rolle bei der derzeitigen Rationalisierungswelle spielen, gehen die Bestellungen zurück.

Die Arbeitslosigkeit beträgt derzeit 3,8 Prozent.

FRANKREICH

In Frankreich beträgt die Arbeitslosigkeit derzeit 6,6 Prozent, das sind 1,4 Millionen Menschen, und ist im Steigen begriffen. Die Inflation wird im Jahr 80 mindestens 12,5 Prozent ausmachen.

Der "Barre-Plan", der unter anderem darin besteht, daß die Regierung die Kapitalisten kräftigst dabei unterstützt, die Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate zu halten, hat dazu geführt, daß der Konsum der werktätigen Massen bereits absolut im Rückgang begriffen ist, während die Kapitalisten aufgrund der relativ verringerten Lohnstückkosten gewaltige Exporterfolge erzielen konnten. 1980 wird es ihnen allerdings weitaus schwerer fallen zu exportieren, und man rechnet damit, daß die Industrieproduktion, die im März noch gewachsen ist, ab der Jahresmitte wieder fallen wird. Große Schwierigkeiten hat auch hier bereits die Autoindustrie. Bei Citroen und Talbot (sie gehören zur Peugeot-Gruppe) gibt es seit Monaten Kurzarbeit, Peugeot hat die Betriebsferien verlängert.

Italien hat derzeit die höchste Arbeitslosenrate (7,8 %) und die höchste Inflationsrate (weit über 20 Prozent!) der westlichen Industrieländer. Der allgemeine Produktionsrückgang wird für Herbst erwartet.

Deutliche Krisenzeichen werden auch aus den Niederlanden (dort hat die Regierung Anfang des Jahres einen Reallohnstop verfügt), aus Dänemark und Belgien gemeldet.

Die Zahl der Arbeitslosen in den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft beträgt 6,2 Millionen und ist im Steigen begriffen. Eine Bevölkerung, zweimal so groß wie die berufstätige Bevölkerung Österreichs, ist also dort bereits am Beginn der Krise, nach einem Konjunkturjahr, "überflüssige Bevölkerung".

Das Gesamtbild ist also von wachsender Arbeitslosigkeit, stagnierenden oder sinkenden Reallöhnen geprägt, von stagnierendem oder zurückgehendem privatem Konsum und sich verengenden Inlandsmärkten. Die Rationalisierungs- und Energiesparinvestitionen können die Krise auch nicht mehr viel länger hinausschieben. Die Kapitalisten aller Länder suchen ihr Heil im Export, und versuchen ihre Konkurrenzfähigkeit auf Kosten ihrer Arbeiter zu erhöhen. Aber wohin wollen sie exportieren? Die Dritte Welt stellt nur einen begrenzten Markt dar, und die vom Sozialimperialismus abhängigen Länder haben auch große Schwierigkeiten und versuchen, ihre Importe einzuschränken.

Es steht also wieder ein gewaltiger Vernichtungswettkampf der Kapitalisten untereinander bevor, den sie natürlich auf dem Rücken der Arbeiter austragen werden, und wenn die bürgerlichen Wirtschaftswissenschafter auch immer wieder davon sprechen, daß er milder ausfallen soll, als 1974/75, so vergessen sie, die Gründe für diese fromme Annahme anzuführen. Sie verbreiten auch die Hoffnung, daß nach 1981 ein Aufschwung die kapitalistische Weltwirtschaft zu neuen Höhen führen wird. Doch was spricht eigentlich dafür? Hat die Krise von 74/75 die Nachkriegsblüte des Imperialismus als Sumpfblüte entlarvt, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die nächste Krise nur den Fäulnisprozeß vorantreiben wird. (ma)

Bilanz der ÖGB-Politik:

Kein Schutz vor Spaltung und Reallohnabbau

Im letzten KLASSENKAMPF haben sich in dem Artikel "ÖGB-Lohnpolitik: Bilanz negativ" Fehler eingeschlichen, die die Lohnpolitik des ÖGB bzw. ihre Bilanz sogar noch beschönigen. Einmal hat es Berechnungsfehler bei den Lohnabzügen und damit bei der Umwandlung von Brutto- in Nettolöhne gegeben. Zum Zweiten sind wir bei der Berechnung der Effektivlöhne von Stundenlöhnen ausgegangen – ohne zu berücksichtigen daß durch Arbeitszeitverkürzungen (1970, 1972 und 1975) die Stundenlöhne steigen, obwohl die Monatslöhne gleichbleiben. Wir haben noch einmal die Zahlen überprüft und sie in der folgenden Tabelle zusammengefaßt:

	Effektiv-löhne	davon Akkord-löhne	davon Stunden-löhne	Lohnab-züge	Netto-löhne	davon Akkord-löhne	davon Stunden-löhne	Preis-index	Reallohn-index	Hätte es nur die gewerkschaftlichen Ist-Lohnabschlüsse gegeben: brutto	netto	real
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
1966	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1977	294.5	294.0	299.2	553.8	221.8	221.4	225.3	198.7	111.6	208.7	157.2	79.1
das bedeutet pro Jahr:	8.66	8.65	8.80	14.07	6.31	6.30	6.45	5.42	0.85	5.82	3.45	– 0.84

ERLÄUTERUNGEN:

(1) Quelle: Lohnerhebung der Bundeswirtschaftskammer (schließt Schichtzulagen, Überstundenentgelte und Überstundenzuschläge nicht ein)
(2) und (3): Quelle wie bei (1)
(4) Eigene Berechnung nach Daten des Wirtschafts- und sozialstatistischen Handbuchs der Arbeiterkammer Wien, Tabellen III/12 und II/6
(9) entsteht durch Dividieren der Spalte (5) durch den Preisindex (8)
(10), (11) und (12): Ausgangspunkt bei (10) bildet die Kumulierung der gewerkschaftlichen Ist-Lohnabschlüsse, diese werden in (11) nach dem Verhältnis zwischen (1) und (5) in Nettogrößen umgewandelt und in (12) mit dem Preisindex (8) verglichen.

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Löhne der Metallarbeiter – es geht in der gesamten Tabelle nur um die Metallarbeiterlöhne – effektiv – das heißt die gewerkschaftlichen Ist-Lohnabschlüsse ebenso eingeschlossen wie betriebliche und individuelle Lohnerhöhungen, nicht aber Zulagen für Überausbeutung (Schichtarbeit, Überstundenarbeit) – seit 1966 auf 294,5% gestiegen sind. Aufgrund der Explosion der Lohnabzüge (Steigerung auf 553,8%, das heißt auf mehr als das Fünffache) sind allerdings die Nettolöhne nur auf 221,8% gestiegen. Die Preise sind im selben Zeitraum auf 198,7% gestiegen. Die "Benya-Formel" von jährlicher 3%-iger Reallohnsteigerung löst sich also in Luft auf: Im Durchschnitt der letzten 13 Jahre sind die Reallöhne nicht mehr als um 0,85% pro Jahr gestiegen. Und es ist bekannt, daß dies vor allem auf die späten 60-er und frühen 70-er Jahre zurückgeht, während seit 1977 davon keine Rede mehr sein kann (siehe dazu auch das Schaubild!).

Der Bankrott der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zeigt sich aber vor allem darin, welchen Anteil die gewerkschaftlichen Ist-Lohnabschlüsse an dieser Entwicklung haben. Hätte es nur diese Branchenabschlüsse gegeben, dann wären die Löhne in den untersuchten 13 Jahren nur auf 208,7% brutto oder 157,2% netto gestiegen, also weit weniger als die Inflationsrate. Das hätte Reallohnverluste von durchschnittlich – 0,84% pro Jahr bedeutet. Zu diesen Abschlüssen sind allerdings dann betriebliche und individuelle Lohnerhöhungen gekommen. Einerseits ist das ein Glück, weil dadurch ein noch viel schärferes Absinken des Lohnniveaus verhindert werden konnte. Andererseits ging das nicht ohne weitere Zersplitterung und Aufspaltung der Arbeiter (siehe dazu KLASSENKAMPF 16/80, Seite 8). Vor allem zeigt das unten stehende Schaubild, daß angesichts der schlechten Gewerkschaftspolitik auch durch betriebliche Bemühungen das allgemeine, bereits erreichte Lohnniveau nicht gehalten werden konnte: Seit 1977 geht es mit den Reallöhnen bergab.

Auffallend in der Tabelle ist auch noch, daß die Entwicklung der Akkordlöhne hinter der der Stundenlöhne zurückbleibt. Auch das ist der Spaltung der Arbeiterschaft in die verschiedenen Lohngruppen geschuldet: Akkordarbeiter sind besonders viele in den niedrigen Lohngruppen eingestufte Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Lohnentwicklung hinter der Arbeiter zurückgeblieben ist.

Natürlich ist die Entwicklung in den 13 Jahren zwischen 1966 und heute nicht – wie die Tabelle nahelegen könnte – gleichmäßig verlaufen. Darüber gibt das nebenstehende Schaubild Auskunft, das den Zeitraum 1970 bis 79 erfaßt.

Verbraucherpreisindex
Netto-Effektivlohn Metallarbeiter
Reallohn Metallarbeiter
+
–
70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80

In diesem Schaubild sind keine absoluten Zahlen oder Indizes eingetragen, sondern nur die Veränderungsraten: Um wieviel Prozent ist im Jahr X der Nettoeffektivlohn gestiegen? Um wieviel Prozent der Preisindex? Um wieviel daher der Reallohn? Solange die Linien noch über Null liegen, steigen die betreffenden Größen also, obwohl in unserem Schaubild die Linie fällt: Das heißt dann nur, daß sich die Entwicklung der betreffenden Größe verlangsamt. Erst wenn die Linie unter Null fällt, sinkt die betreffende Größe. Bei der Teuerungsrate kommt das natürlich nie vor bei den Löhnen schon. Reallohnsteigerung findet statt, wenn die Lohnlinie über der Preislinie verläuft, Reallohnbau im umgekehrten Fall. Dazu ist die Reallohnentwicklung noch einmal zusätzlich als seperate Linie aufgetragen. Reallohnabbau wird verzeichnet zuerst einmal im Jahr 1974. Man muß wissen, daß der letzte Lohnabschluß am 1.9.1973 in Kraft trat, der nächste erst am 1.11.1974. Die Lohnerhebung, von der wir ausgehen, erfolgt immer im Oktober. Daher weist sie 1974 praktisch nur betriebliche Erhöhungen geringen Ausmaßes auf. Dies entspricht ganz den Tatsachen: Die Inflationsrate erreichte 1974 mit 9,5% den höchsten Wert, dagegen kam es das ganze Jahr über zu keiner Lohnerhöhung. Der Anstieg der Lohnlinie 1975 ist unter anderem auf die Lohnsteuerreform zurückzuführen, die zeitweilig die Lohnabzüge gemildert hat. (Ähnlich verhält es sich mit dem kleinen Anstieg der Lohnlinie 1979). Seit 1977 findet offenkundig Reallohnabbau statt. Auch die über Jahre hinweg sinkende Tendenz der Reallohnlinie springt ins Auge. Dabei ist zu beachten, daß das immer für den Durchschnittslohn gilt; an die 70% der Metallarbeiter verdienen aber weniger als der Durchschnitt. Für 1980 haben wir natürlich Annahmen getroffen: Einen Lohnabschluß von 5,8%; das entspricht in etwa den höchsten im heurigen Jahr abgeschlossenen Ist-Lohnerhöhungen in anderen Branchen. Und eine Inflationsrate von 6%, also durchaus vorsichtig geschätzt. Treffen diese Ausnahmen zu, dann wird es 1980 Reallohnabbau in lang nicht dagewesenem Maß geben. (wl)

Das alles sind Tatsachen. Sie zeigen, daß der Weg, den die ÖGB-Führer der Gewerkschaft aufzwingen, auf Dauer kein gangbarer Weg für die Arbeiterklasse ist. Eine Zeitlang konnte der Reallohnabbau durch diverse Formen der Überausbeutung wie Überstunden, Sonntagsarbeit, Schichtarbeit scheinbar kompensiert werden, aber eben nur scheinbar, denn mehr noch als die Löhne steigen dadurch die Reproduktionskosten für die Arbeitskraft, deren Verschleiß durch solche Überausbeutung ja sprunghaft steigt. Auch die rasche Ausdehnung der Lohnarbeit der Frauen konnte den Reallohnabbau zum Teil abfangen, da sie ja das Familieneinkommen zunächst einmal erhöht. Allerdings steigen dadurch erst recht wieder die Reproduktionskosten der lohnabhängigen Frau wie der ganzen Familie. Außerdem wird die Arbeitskraft des Mannes, der früher allein die ganze Familie erhalten mußte, entwertet: Jetzt teilen sich die Reproduktionskosten der Familie auf zwei Einkommen auf. Nicht überall wird der Rallohnabbau daher sofort offen sichtbar. Hält die Entwicklung aber einige Jahre an, wird sich das ändern. Sieht man von der Ausnahme 1974 ab, haben wir jetzt bei den Metallarbeitern drei Jahre des Reallohnabbaus hinter uns. 1980 wird wahrscheinlich das vierte.

Um dieser Gefahr entgegenzutreten, müßten von den Metallarbeitern Forderungen erhoben, zum Verhandlungspaket der Gewerkschaft gemacht und gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden, die zumindest einmal den bereits erreichten Reallohnstandard sichern, die unteren Lohngruppen nachziehen, Fortschritte für die Einheit der Arbeiterschaft bringen und die Spaltungsmöglichkeiten der Kapitalisten einschränken. Ohne sich Illusionen zu machen, ist doch klar, daß jeder, auch jeder kleine Schritt in dieser Richtung von Bedeutung ist, vor allem für die Formierung der Arbeiterklasse als kämpfende Klasse, aber eben auch, um auf die Gewerkschaftsführung Einfluß zu nehmen, die am 1.September wieder zusammentritt, um über die Kollektivvertragsverhandlungen zu beraten. (wl)

Der Kommunistische Bund Österreichs schlägt folgende Forderungen vor:

* Ist-Lohn-Erhöhung um 9%, mindestens aber 900,- Schilling!
* Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne um das Doppelte, das heißt um 18%!
* Abschaffung der Lohngruppen 6, 7 und 8!
* Erhöhung der Lehrlingsentschädigung um 1.000,- pro Monat!
* Erhöhung der Nachtschichtzulage auf 50%, der Spätschichtzulage auf 30%!
* Sofortige Durchsetzung der Forderung des Gewerkschaftstages nach einer Woche Zusatzurlaub für Schwer-, zwei Wochen für Schwerstarbeiter!
* Gleicher Abschluß zum selben Zeitpunkt für Arbeiter und Angestellte!
* Gleicher Abschluß zum selben Zeitpunkt für Industrie und Gewerbe!



Gleiches Recht oder gleiches Unrecht

Der Verfassungsgerichtshof hat die einschränkenden Bestimmungen im Sozialversicherungsgesetz, die sich auf die Witwerpension beziehen, als verfassungswidrig aufgehoben. Diese Bestimmungen besagen, daß nur dann ein Mann nach dem Tode seiner Frau eine Pension erhält, wenn diese "seinen Lebensunterhalt überwiegend bestritten hat und er zum Zeitpunkt ihres Todes erwerbsunfähig und bedürftig ist".
Diese Bestimmung ist aufgehoben (die Aufhebung tritt in einem Jahr in Kraft), weil sie dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung widerspricht. Frauen erhalten nämlich derzeit eine Witwenpension auch dann, wenn sie von ihrem Mann keinen Unterhalt bezogen haben, weil sie selber noch erwerbstätig waren, und auch dann, wenn sie zum Zeitpunkt des Todes ihres Mannes noch erwerbsfähig sind oder aus anderen Quellen versorgt sind (z.B. eine eigene Pension haben). Der Verfassungsgerichtshof verlangt nun vom "Gesetzgeber" (dem Parlament), daß er Männer und Frauen gleich behandle. Er stellt es dem Gesetzgeber frei, entweder die Witwerpension allen Witwern zu gewähren, oder die Witwenpension genauso an dieselben einschränkenden Bestimmungen zu binden, wie die Witwerpension, oder schließlich solche Bestimmungen zu erlassen, die auf einen allmählichen Abbau der ungleichen Behandlung hinzielen.

Der Verfassungsgerichtshof ist nur für die Einhaltung der Verfassung, in diesem Fall des Gleichheitsgrundsatzes, zuständig. Ob der Staat Männer und Frauen gleich gut oder gleich schlecht behandelt, geht ihn nichts an, gleich müssen sie behandelt werden.

Tatsächlich hat der Verfassungsgerichtshof dem Staat hier Tür und Tor geöffnet, um die Bestimmungen über die Witwenpension zu verschlechtern. Er hat in seinem "Erkenntnis" sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über die Witwenpension nicht mehr der Zeit entsprechen, da sie auf Verhältnisse zugeschnitten sind, wo berufstätige Frauen sowieso die Ausnahme waren. Der Gerichtshof hat den "Gesetzgeber" sozusagen mit der Nase darauf gestoßen, daß es an der Zeit ist, die Frauen für sich selber sorgen zu lassen, und daß man doch einer Frau, die noch "erwerbsfähig" ist, nicht einfach eine Pension zahlen kann, nur weil ihr Mann gestorben ist. Es wird sich zeigen, daß der Gesetzgeber keine Mühe haben wird, eine Regelung zu finden, die Witwen und Witwern zusammen am Schluß weniger geben wird, als jetzt den Witwen alleine zugestanden ist. So wird aus der Gleichberechtigung von Mann und Frau die gleiche Entrechtung.



Witwerpension: in Wirklichkeit geht es um die Pensionen der Witwen

Wohnverhältnisse türkischer Arbeiter

Teure Ställe



700 türkische und 500 jugoslawische Arbeiter sind im Semperit-Werk Traiskirchen beschäftigt. Nicht nur das Semperit-Kapital beutet sie aus. Auch die Hausbesitzer im südlichen Niederösterreich nützen die rechtlose Lage der ausländischen Arbeiter, um sich zu bereichern. Sie vermieten baufällige Häuser und sogar ehemalige Schweineställe als Wohnungen an ausländische Arbeiter.

Da es keinen Mietvertrag gibt, können die Bewohner jederzeit auf die Straße gesetzt werden, wenn es dem Hausbesitzer paßt oder wenn sich jemand anderer findet, der bereit ist, noch mehr für so ein Loch zu bezahlen. Dementsprechend hoch sind die Mieten

Einige Beispiele:

Zimmer, Küche, kaltes Wasser, Klo am Gang 1.300,-

2 Zimmer, Küche, kaltes Wasser Klo im Freien 1.600,-

Zimmer, Küche, ohne Wasser, mit Plumpsklo im Freien 756,-

Zimmer, Küche, kaltes Wasser, Klo im Freien 1.600,- (Familie mit 3 Kindern)

Kleines Zimmer, ohne Wasser, Klo im Freien 800,-

Beschwerlich und ungesund ist das Leben in diesen Wohnungen. Aufs Klo oder zum Wasserholen muß man zum Teil ins Freie über einen Hof gehen in düstere und feuchte Kammerln, ungeheizt und unbeleuchtet. Will man größere Mengen Warmwasser, muß man es sich in einem gemauerten Herd auf einem Holzfeuer wärmen - selbst im Altertum waren schon weniger primitive Formen der Warmwasserbereitung bekannt.

Feucht und ungesund sind die Wohnungen. Daß die Kinder dort häufiger erkranken, insbesondere an Darminfektionen, ist angesichts der hygienischen Verhältnisse kein Wunder. Im Gegenteil: Nur aufgrund großer Mühe und peinlicher Sauberkeit der Bewohner läßt es sich erklären, daß unter diesen Bedingungen keine Seuchen ausbrechen.

Die einfachsten Verrichtungen des täglichen Lebens wie Körperpflege, Reinigung von Wäsche und Geschirr nehmen unter diesen Bedingungen viel Zeit in Anspruch, Zeit, die man der Kindererziehung, Erholung oder dem gesellschaftlichen Leben widmen könnte.

Aufgrund der hohen Mieten ist der Wohnraum für die Familien beschränkt. Wenn eine Familie mit drei Kindern in Zimmer-Küche wohnt, ist es für einen Schichtarbeiter (und das sind bei der Semperit alle ausländischen Arbeiter) so gut wie unmöglich, untertags zu schlafen.

Die österreichischen Arbeiter können keinerlei Interesse an diesen Verhältnissen haben. Daß ein Teil der Arbeiterklasse in so elenden Verhältnissen lebt, wirkt sich auf die ganze Klasse aus. So sehr die Kapitalisten an diesem Zustand der Rechtlosigkeit und des Elends interessiert sind, zum Zweck der Spaltung der Arbeiter und der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, so entschieden müssen die österreichischen und ausländischen Arbeiter dagegen auftreten. Die Entwicklung des Imperialismus hat die ausländischen Arbeiter nach Österreich gezogen, hier sind sie ein Teil der österreichischen Arbeiterklasse, werden von denselben Kapitalisten ausgebeutet und vermehren den Reichtum der österreichischen Bourgeoisie.

Die rechtliche Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den inländischen ist eine notwendige Frage im Klassenkampf.

(Zelle Semperit/Traiskirchen)

36-Std-Woche für vollkontinuierliche Schicht

Teschl zieht zurück

Der Zentralvorstand der Gewerkschaft der Chemiearbeiter hat bei einer Sitzung am 29. November 1979 über Antrag des Präsidiums beschlossen, für Arbeiter in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben ohne Sonntagsruhe die Einführung der 36-Stundenwoche zu fordern.

Den vollkontinuierlichen Schichtbetrieb gibt es nur in relativ wenigen Betrieben der chemischen Industrie in Österreich, hauptsächlich in Papierfabriken und Erdölbetrieben. Die Schichtarbeit ist aber in der chemischen Industrie sehr weit verbreitet: 1977 arbeiteten von den 15.600 Beschäftigten in der Papierindustrie 58% Schicht, 41% davon regelmäßig in Nachtschicht. In der chemischen Industrie (im engeren Sinne) arbeiteten 1977 34% der 62.000 Beschäftigten Schicht, 25% in Nachtschicht. Die Zahl der Schichtarbeiter unter den Chemiearbeitern liegt weit über dem "Durchschnitt" der Arbeiter in der Industrie insgesamt, der 27% betrug, davon 13% in Nachtschicht. Von daher ist es auch verständlich, daß die schädlichen Auswirkungen der Schichtarbeit und Schritte zu ihrer Beseitigung ein Problem ist, das die Chemiearbeiter besonders dringend betrifft. Der Beschluß des Zentralvorstandes war aber eine völlig ungenügende Antwort auf diese Probleme. Denn notwendig ist die Verkürzung der Arbeitszeit auch für die Schichtarbeiter, die nicht das Wochenende durcharbeiten. Die Durchsetzung dieser Forderung brächte für relativ wenig Chemiearbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit. Trotzdem wäre ihre Durchsetzung zumindest ein erster Schritt in Richtung Verkürzung der Arbeitszeit für alle Schichtarbeiter, ein Schritt letztlich zum Kampf gegen die Schichtarbeit überhaupt.

Seit November 1979 ist es aber verdächtig ruhig um diese Forderung geworden. Sie wurde von den verschiedenen Fachgruppen der Chemiearbeitergewerkschaft nicht einmal in das gewerkschaftliche Forderungsprogramm zu den Kollektivvertragsverhandlungen aufgenommen, weder von der Fachgruppe Chemie, noch von der Papier- oder der Glasarbeiter. Die Fachgruppe der Mineralölarbeiter hat sie als einzige in ihrem Forderungsprogramm.

Der Zentralvorstand hat die Forderung zwar beschlossen, jedoch wurden keine Schritte gesetzt um diesen Beschluß tatsächlich gegenüber den Kapitalisten durchzusetzen und den Kampf aufzunehmen.

In den letzten Tagen zeichnete sich ab, daß der Zentralvorstand der Chemiearbeiter überhaupt von dieser Forderung wieder abrücken will!

Teschl, der Vorstand der Chemiegewerkschaft, meinte bei der letzten Sitzung des Zentralvorstandes Ende Juni, daß man über diese Forderung "neu diskutieren" müsse, weil es dabei "Probleme" gäbe. Probleme sieht Teschl aber nicht etwa bei den Kapitalisten, die erfahrungsgemäß immer aufheulen, wenn es um den Kampf gegen die Schichtarbeit geht, die Probleme liegen für Herrn Teschl bei den Arbeitern, die angeblich die Arbeitszeitverkürzung nicht wollen. Es gäbe Probleme, weil man dann eine 5er-Schicht einführen müsse und die Arbeiter, auch bei vollem Lohnausgleich, weniger verdienen, weil weniger Sonn- und Feiertagszulagen abfallen. Teschl zieht daraus die Konsequenz, daß den Arbeitern nichts anderes übrigbleibt, als sich voll dem Kapitalisten zu unterwerfen. Er will den Kampf um eine dringend notwendige Forderung aufgeben und schiebt die Verantwortung dafür den Arbeitern zu, die "nur" ans Geld denken. (cst)

ÖMV: 36-Std-Woche bis 1981 durchsetzen!

Einem Gespräch mit einem Betriebsrat des ÖMV-Tanklagers Lobau zufolge rechnen die ÖMV-Arbeiter und ihr Betriebsrat damit, die Forderung nach der 36-Stundenwoche für die Arbeiter im vollkontinuierlichen Schichtbetrieb (das sind 95 Prozent der ÖMV-Arbeiter) bis 1981 durchzusetzen. Obwohl sie davon ausgehen, daß es bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen dabei bleiben wird, daß die Forderung auf den Tisch kommt, sind sie nicht bereit, die Sache auf unbestimmte Zeit vertagen zu lassen, wozu man höchstenorts in der Gewerkschaft - siehe auch das Interview mit Fachgruppensekretär Weber in der letzten Nummer - offenbar bereit ist.

Die Forderung ist in der ÖMV sehr fest verankert. Das seit Jahren bestehende Forderungsprogramm für Schichtarbeiter der Chemiearbeitergewerkschaft, bestehend aus Forderungen nach Urlaubsverlängerung, Pensionsalterherabsetzung und Arbeitszeitverkürzung, ist schon lange eingehend diskutiert worden, und die Arbeiter sind zu dem Ergebnis gelangt, daß die Verlängerung des Urlaubs am wenigsten für die Erhaltung der Arbeitskraft bringt. Im Februar und März wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt, bei der praktisch 100 Prozent der Schichtarbeiter sich dafür aussprachen, Arbeitszeitverkürzung oder Herabsetzung des Pensionsalters zu fordern, nicht aber die Verlängerung des Urlaubs.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden, wie sie jetzt gefordert wird, soll in Form einer fünften Schicht durchgeführt werden. Die Schichtdauer soll nicht verkürzt werden, sondern es sollen weniger Schichten in der Woche bzw. im Monat gefahren werden, und zwar deswegen, weil dadurch auch die Anfahrtszeiten (im Durchschnitt täglich zwei Stunden pro Arbeiter) weniger werden. An eine Verkürzung der Nachtschicht ist auch nicht gedacht, weil dem die schlechte Versorgung durch die öffentlichen Verkehrsmittel im Wege steht. Auch der jetzige Schichtplan im Tanklager sieht Nachschichten von neun bis zehn Stunden vor, damit Arbeitsbeginn und -schluß in verkehrsgünstigere Zeiten fallen. Das ist allerdings nur möglich, weil die Arbeit zum großen Teil aus Kontrolltätigkeiten besteht, die in größeren Abständen durchzuführen ist. Bei Akkordarbeit wäre das undenkbar.

Das Argument, bei der Arbeitszeitverkürzung würden die Arbeiter durch den Entfall von Zuschlägen für Wochenendarbeit finanzielle Einbußen erleiden, läßt man bei der ÖMV nicht gelten. Schon bisher haben die Arbeiter bei Schichtumstellungen auch die Abgeltung entfallener Sonntagszuschläge zu rund 80 Prozent durchsetzen können. Bei Einführung der fünften Schicht, die jedem Arbeiter ein zweites freies Wochenende im Monat bringen soll (derzeit gibt es nur ein freies Wochenende in vier Wochen), wird man selbstverständlich nicht nur den vollen Lohnausgleich für die Verkürzung von 40 auf 36 Wochenstunden fordern, sondern auch die Abgeltung des entfallenden Wochenendzuschlags. (ma)

Wertheim rationalisiert

Derzeit beschäftigen die Wertheim-Belegschaft besonders die Rationalisierungen, die die Firmenleitung in größerem Ausmaß zur Steigerung der Profite plant. Zwei Maßnahmen sind schon jetzt aktuell: die Schließung von 6 "unrentablen" Abteilungen (davon sind 56 Kollegen betroffen) und die Installierung des Leitstandes. Über beides kursierten bereits seit einiger Zeit Gerüchte, doch wurden weder von seiten der Firmenleitung noch von seiten des Betriebsrates genauere Informationen gemacht.

Die Schließung der 6 Abteilungen (Galvanik, Eloxiererei, Schloßbau, Tischlerei, Fuhrpark, Kassentransport) wurde im Juni bekannt. Der Betriebsrat informierte die Belegschaft mittels eines Anschlages und eines Flugblattes. Darin forderte er, daß nur solche Kollegen gekündigt werden dürfen, die selbst gehen wollen. Notwendig wäre aber auch eine zusätzliche Abfertigung für die Gekündigten, in der Höhe, daß sie erstens wirklich als Überbrückung dient und zweitens die Kapitalisten die teuren Kündigungen möglichst vermeiden. In ähnlichen Fällen wie z.B. bei der VOEST betrug diese S 20.000. Am 2. Juli sprach sich der Vertrauensleutesitzung gegen die Kündigungen aus: Alle Kollegen müssen im Betrieb bleiben können, durch Versetzungen, Umschulungen und dergleichen darf keine Schlechterstellung erfolgen. Der Leitstand (Funktionsweise siehe folgende Beschreibung) ist auch schon längere Zeit im Gespräch. Nach einer internen Umfrage des Betriebsrates im Vorjahr, die eine Ablehnung des Leitstandes durch die Mehrheit der Belegschaft zum Ergebnis hat richtete der Betriebsrat eine Untersuchungsgruppe zur Wirkung des Leitstandes ein. Diese läßt aber weder Positives noch Negatives dazu hören. Die Firmenleitung hat den geplanten Zeitpunkt des Ankaufs geheimgehalten. Jetzt aber konnte man vor dem Betrieb erfahren: "Der Leitstand ist schon angekauft!" Also soll die Belegschaft vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dadurch will sich die Firmenleitung einen Vorsprung verschaffen und die Planung noch ohne Wissen der Belegschaft durchführen. Der Betriebsrat hat durch sein Verhalten, den Termin des Ankaufes nicht herauszulassen, bisher die Herausbildung eines einheitlichen und organisierten Widerstandes behindert. Trotzdem ist es keineswegs zu spät. Dem Ankauf muß nicht die Installierung folgen, wenn sich die geschlossene Belegschaft, Arbeiter und Angestellte, denn beide würden die Folgen schwer treffen, dagegen wehrt. Angeblich will die Firmenleitung im Herbst dem Betriebsrat einen Plan über die beabsichtigten Schritte vorlegen. Dieser Plan darf die Kollegen aber nicht unvorbereitet treffen! Das heißt, bis dahin müssen auch die eigenen Bedingungen klar festgelegt sein. Dem Betriebsrat kommt jetzt eine wichtige Aufgabe zu: Die Vertretung der Kollegen laut ihrem Auftrag im Widerstand gegen den Leitstand und gegen nachteilige Auswirkungen der Rationalisierungen, sodaß im Herbst dem Plan der Firmenleitung ein Plan der Belegschaft gegenübersteht.

WIE FUNKTIONIERT DER LEITSTAND?

Der Leitstand ist ein halbautomatisches System der Produktionsplanung und Fertigungssteuerung. Durch späteren Anschluß an eine elektronische Rechenmaschine kann dieses System vollautomatisiert werden. Es soll die Produktion durch zentrale Steuerung profitabler gestalten.

Kernstück ist eine zentrale Kommandostelle für alle Arbeitsplätze, die mit dem Konstruktionsbüro, der Terminplanung und der Buchhaltung verbunden ist. Sobald ein Kundenauftrag eintrifft, wird anhand von Plänen und Stücklisten überprüft, wieviel Material auf Lager, wieviel gekauft und wieviel verarbeitet werden muß. Daraufhin werden noch offene Kapazitäten errechnet und der Liefertermin vereinbart.

Inzwischen setzt die Planung der Einzelfertigung ein. Ihr Ergebnis ist auf dem Leitstand durch Steckkarten ablesbar, die dort entsprechend der Planung in feststehende Rubriken eingeordnet werden. Während das Werkstück die Hallen "durchläuft", durchlaufen die ihm zugehörigen Steckkarten den Leitstand. Dadurch werden Kontrolle und Korrekturen ermöglicht. Mittels Materialschein, Laufkarte, Terminkarte, Werkstattauftrag, Planbeleg und Lohnbeleg wird genau überprüft, wer wielang woran arbeitet und ob Totzeiten und Engpässe auftreten. Nach diesen Ergebnissen wird die Reihenfolge der Fertigung umgestellt oder werden die Arbeiten an verschiedenen Aufträgen neu kombiniert. Volle Auslastung von Mensch und Maschine ist das Ziel.

In jeder Halle befinden sich Nebenstellen des Leitstandes, die im kleinen wiederholen, was in der Zentrale gesteckt wird. Diese Nebenstellen oder Subzentralen sind mit jedem Arbeitsplatz verbunden, gleichzeitig mit der Hauptzentrale. Die Meister lesen an den Nebenstellen die Daten für ihren Bereich ab und geben sie über Gegensprechanlagen oder Telefon nach oben weiter. Von dort bekommen sie Anweisungen aus der Sicht des gesamten Betriebes. Dieser Prozeß und jeder Arbeitsplatz werden durch Kontrolllampen und akustische Signale überwacht. Der Meister bekommt z.B. einen Anruf, warum für diese oder jene Stückzahl 3 Stunden gebraucht wurden, wo doch seit einer Stunde die nächste Abteilung schon daran arbeiten sollte.. Die Krönung bildet der "Leistungsregistrierautomat". Er wird an einzelne Maschinen angeschlossen und zeichnet sämtliche Stehzeiten, Minderleistungen und Störungen auf. Die Firmenleitung hat dann für jeden Arbeiter einen Papierstreifen zur Hand, wie lang er zum Einrichten gebraucht hat, wann er müde war, mit Kollegen reden mußte, oder wie lang er am Klo war... Natürlich leuchtet inzwischen besagtes Lämpchen und klingelt das Telefon des Meisters.....

Der Leitstand wirkt nur als geschlossenes System von Arbeitsplanung, Fertigungssteuerung und Durchführungskontrolle. So kleinlich genau aber in der Arbeitsauswertung jede leere oder halbe Kapazität entdeckt und aufgefüllt wird, so kleinlich gehässig wird der Leitstand auch die Despotie über die Arbeiter.

DIE KAPITALISTEN SIND BEGEISTERT

Der Leitstand ist eine riesige Investition und für die Firma selbst redend nur dann interessant, wenn er größeren Gewinn als zuvor ermöglicht.

Mehr Gewinn entsteht für die Firma auf drei Wegen. Der eine ist die Steigerung der Produktivität. Die Maschinerie wird vollständiger ausgenützt. Ohne Stillstände und Wartezeiten überträgt sie ihren Wert lückenlos und rasch auf das Produkt. Das kommt billiger als eine langsame, unterbrochene Abnützung, weil die Pflegekosten und das in den Maschinen gebundene Kapital verkleinert werden.

Der zweite Weg ist die damit verbundene Steigerung der Ausbeutung. Wo die Maschine ständig auf Hochtouren läuft, da heißt es auch ständig volle Arbeitskraft geben. Anspannung und Verschleiß der Arbeitskraft nehmen zu, während der Lohn nicht oder nicht in gleichem Maß zunimmt. Die Belegschaft schafft mehr als früher in derselben Zeit, trägt aber nicht mehr oder nicht in entsprechendem Maß mehr Lohn als früher nach Hause.

Der dritte Weg für die Kapitalisten, mit dem Leitstand mehr Profit herauszuholen, ist die Einsparung von Angestellten in der Betriebsführung, nachdem sich das System "eingespielt" hat.

Niedriglohngruppen schaden allen Arbeitern

Weg mit den Lohngruppen 6, 7, 8!

Ein großer Teil der österreichischen Arbeiterklasse liegt mit seinen Löhnen noch weit unter der Masse der Arbeiter und Angestellten. Ist schon für die Masse der Arbeiter in den letzten Jahren der Lohn hinter den gestiegenen Kosten für die Erhaltung der Arbeitskraft zurückgeblieben, so für diese Niedriglöhner noch viel mehr. Je mehr diese "Niedriglöhner" zurückbleiben, umso schärfer die Spaltung, die dadurch in der Arbeiterschaft entsteht und umso stärker der Druck auf den Lohn aller Arbeiter. Aufgabe der gewerkschaftlichen Lohnpolitik bei den Kollektivvertragsverhandlungen ist es daher, dafür zu sorgen, daß diese Niedriglöhner (hauptsächlich die Lohngruppen 6, 7, 8) zur Masse der Arbeiter hinaufgezogen werden und Lohnerhöhungen erhalten, die auch für diesen Teil der Arbeiter, die von der Inflation besonders schwer getroffen werden, wenigstens den Reallohn zu sichern.

Aus diesen Gründen tritt der KB bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Metallarbeiter, die Anfang September beginnen sollen, unter anderem auch für folgende Forderungen ein:

* **Erhöhung der Ist-Löhne um 9%, mindestens 900,-**
* **Abschaffung der Lohngruppen 6, 7, 8**

Anhand der Elektroindustrie, Metallwarenindustrie (zwei Branchen mit besonders niedrigen Löhnen) und der Maschinen- und Stahlbauindustrie, Fahrzeugindustrie (zwei Branchen mit relativ hohen Löhnen) wollen wir im folgenden Artikel die Lage dieser Mindestlöhner und die Bedeutung unserer Forderungen untersuchen.

NIEDRIGLÖHNER: DER LOHN REICHT NICHT ZUM LEBEN!

In diesen vier Branchen sind 36,1% der Arbeiter in den drei Niedriglohngruppen (6, 7, 8) eingestuft. Der Durchschnittslohn für für diese 49.836 Arbeiter beträgt S 8.008,- brutto (netto 5.959) die niedrigsten Löhne nur 5.300,- brutto (netto 4.300,-)

Diese niedrigen Löhne bedeuten, daß man auf Dauer gesehen die Arbeitskraft nicht wieder im vollen Ausmaß herstellen kann. Vielfach kann man überhaupt nicht davon leben.

SPALTUNG DER ARBEITER - DRUCK AUF DAS ALLGEMEINE LOHNNIVEAU

In der gesamten Metallindustrie machen diese Niedriglöhner ca. 23 Prozent der Arbeiter aus. Das schwankt zwischen 47 Prozent in der Eisen- und Metallwarenindustrie und 22,9 Prozent in der Fahrzeugindustrie. In allen Fällen bleiben sie aber weit hinter der Masse der Arbeiter zurück. Das sieht man sehr deutlich am Schaubild: Der graue Raster zeigt die Verteilung der Löhne in der gesamten Metallindustrie. Der rechte "Berg" - das ist die Masse der Arbeiter mit einem Lohn zwischen 10.085,- und 12.416,-. Der kleine Berg links - das sind die "Niedriglöhner" mit einem Lohn zwischen 6.653,- und 9.410,-. Dazwischen eine tiefe Kluft. Die schwarzen Säulen zeigen die Lohnverteilung in der Elektroindustrie. Hier ist die Masse der Arbeiter im Bereich der Niedriglohngruppen. Der rechte Berg ist viel kleiner. Das Lohnniveau insgesamt ist niedriger.

Die große Zahl der "Niedriglöhner" in der Elektroindustrie drückt das Lohnniveau im Vergleich zur gesamten Metallindustrie; auch für die Facharbeiter. Die selben Ursachen, die zum relativen Zurückbleiben der Löhne in der Elektroindustrie führen, drücken den Lohn der Metallarbeiter (und auch der anderen Branchen) insgesamt.

DIE INFLATION TRIFFT NICHT ALLE GLEICH!

Bis zum Inkrafttreten des neuen Kollektivvertrags wird die Inflationsrate ungefähr 6,5% betragen. Heißt das, daß eine Netto-Lohnerhöhung von 6,5% für alle die Mehrkosten ausgleicht? Nehmen wir als Beispiel die Ausgaben für Ofenheizöl und vergleichen wir zwei Arbeiter - der eine verdient 10.000,- netto, der andere 6.000,- Beide verbrauchen im Winter 400 Liter Heizöl pro Monat.

März 79 Kosten 400 l Heizöl 1.280,
März 80 Kosten 400 l Heizöl 1.840

10.000,- Lohn
12,8% vom Lohn
18,4% (+5,6%)

6.000,- Lohn
21,3%
30,6% (+9,3%)

Man sieht also: trotz der gleichen Preissteigerung muß der eine Arbeiter jetzt um 5,6% mehr von seinem Lohn fürs Heizöl ausgeben, der andere (weniger verdienende) aber um 9,3%. Bei Heizöl und anderen unbedingt nötigen Waren kann man aber nicht sparen. Deswegen wäre ein Mindestbetrag von 900,- Schilling notwendig.

EINHEITLICHE LOHNSTRUKTUR - GRÖSSERE KAMPFKRAFT

Außerdem würde die Durchsetzung der 900,- Schilling-Mindestforderung dazu führen, daß die "Niedriglöhner" zur Masse der Arbeiter hinaufgezogen würden, die Lohnstruktur einheitlicher würde. Den Kapitalisten würde dadurch eine entscheidende Möglichkeit zur Spaltung der Arbeiter und zum Drücken der Löhne genommen. (Siehe KLASSENKAMPF 15/80)

ABSCHAFFUNG DER LOHNGRUPPEN 6, 7, 8!

Die "Niedriglöhner" - das sind hauptsächlich die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Lohngruppen 6, 7 und 8. Die Lohngruppe 6 ist praktisch eine Frauenlohngruppe - 90% der Arbeiterinnen sind hier eingestuft. Die Lohngruppe 8 ist die Jugendlohngruppe und 7 ist die Lohngruppe für Arbeiter ohne Ausbildung.

Das mehrstufige Lohnsystem hat eine objektive Grundlage: Die qualifizierte Arbeitskraft eines Facharbeiters hat mehr Wert und setzt der Produktion mehr Wert zu als die Arbeit der unqualifizierten Arbeitskraft. Ein Arbeiter in einem Stahlwerk verbraucht in einer Stunde mehr Arbeitskraft als die meisten anderen Arbeiter - der Wert seiner stündlichen Arbeitskraft ist daher auch höher. Aber diese objektiven Unterschiede nutzen die Kapitalisten zur Spaltung der Arbeiter. Nicht Beseitigung aller Lohnunterschiede, aber sehr wohl Vereinheitlichung der Lohnstruktur, Heraufziehen der weit abgeschlagenen Niedriglöhner und damit Beseitigung einer der wichtigsten Spaltungsmöglichkeiten - das ist im Interesse der Arbeiter.

Daß das Zurückbleiben der Niedriglöhner in den Lohngruppen 6, 7, 8 nichts mit dem unterschiedlichen Wert der Arbeitskraft zu tun hat, sondern nur den Kapitalisten als Mittel zur Spaltung und Lohndrückerei dient, kann man an einigen Beispielen sehen:

* 90% der Frauen sind in der Lohngruppe 6 eingestuft - eben weil sie Frauen sind. Männer, die die gleiche Arbeit verrichten, sind meistens in der Lohngruppe 5.
* Die Intensität der Arbeit und die Qualifikation der Arbeiter an den Fließbändern in der Elektroindustrie und im Fahrzeugbau ist ziemlich gleich (in beiden Fällen muß man nach ein paar Wochen Anlernzeit einen mörderischen Akkord schaffen). Aber die Löhne in der Elektroindustrie sind viel niedriger. Hier sind 33,8% der Arbeiter (fast lauter Frauen) in der Lohngruppe 6 eingestuft - in der Fahrzeugindustrie nur 9,5%.
* Bei der VEW Kapfenberg gibt es ein innerbetriebliches Lohnschema, das die acht Lohngruppen noch unterteilt - in über 500 mögliche Einstufungen! Daß das nur mehr mit Spaltung, nichts aber mit unterschiedlichem Wert der Arbeitskraft zu tun hat, liegt auf der Hand.

Die Abschaffung der Lohngruppen 6, 7, 8 bedeutet also keineswegs Gleichmacherei oder Hinabsetzen der Lohngruppe 5, sondern es bedeutet, die Einheit und damit die Kampfkraft zu fördern.

DIREKTE AUSWIRKUNGEN AUF DIE IST-LÖHNE

Die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppen 6, 7, 8 bezieht sich zuerst einmal auf den kollektivvertraglichen Mindestlohn. Für den Großteil der Arbeiter werden sich die Löhne dadurch nicht ändern, da die durchschnittlichen Ist-Löhne in den Lohngruppen 6, 7, 8 über dem Mindestlohn der Lohngruppe 5 liegen. Für alle Arbeiter, die nur den Mindestlohn bekommen (und solche gibt es in allen Lohngruppen und allen Branchen) oder knapp darüber würde die Abschaffung der Lohngruppen 6, 7, 8 unmittelbar zu einer Lohnerhöhung führen.

Zusammen mit der Forderung nach Abschaffung der Lohngruppen 6, 7, 8 tritt der Kommunistische Bund für die Anhebung der KV-Mindestlöhne um 18% ein (um in allen Lohngruppen die Mindestlöhne in Richtung Ist-Löhne anzuheben). Dadurch würde der Mindestlohn in der Lohngruppe 5 von 6.020,- auf 7.104,- steigen. Beide Forderungen zusammen würden für alle Arbeiter, die heute in der Lohngruppe 6 den Mindestlohn bekommen, eine Lohnerhöhung von 22% bringen (bzw. alle, die weniger als 22% über dem Mindestlohn bezahlt werden, erhalten dadurch eine Lohnerhöhung). Bei der Lohngruppe 7 sind es sogar 28%.

Wie wichtig das ist, wird klar, wenn man bedenkt, daß der Mindestlohn in der Lohngruppe 6 heute 5.812,- und in der Lohngruppe 7 5.622,- ausmacht. Also: Verbesserung für die schlechtest bezahlten Teile der Metallarbeiter und gleichzeitig Vereinheitlichung der Lohnstruktur.

INDIREKTE AUSWIRKUNGEN AUF DIE IST-LÖHNE

Auch für jene Arbeiter, die durch die Abschaffung der Lohngruppen 6, 7, 8 keine Lohnerhöhung erhalten, würde das - längerfristig - günstige Auswirkungen auf ihre Ist-Löhne haben: Während die durchschnittliche Überzahlung - nach dem KV-Abschluß - für alle Arbeiter, die schon vorher in der Lohngruppe 5 waren bei 47,8% (jetzt 56,9%) liegen würde, wäre die Überzahlung für die Arbeiter aus der ehemaligen Lohngruppe 6 nur 31,5% und aus der ehemaligen Lohngruppe 7 nur 23,1% (über die Lohngruppe 8 haben wir keine entsprechenden Zahlen, sie wäre aber noch niedriger).

Solche große Unterschiede in der Überzahlung würden sich im Laufe der Zeit ausgleichen. Durch die allgemeine Vereinheitlichung der Lohnstruktur, die mit der Streichung der Niedriglohngruppen erreicht würde, würde sich die Kampfkraft der Arbeiter erhöhen. Der Ausgleich der Überzahlungsunterschiede würde daher nach oben stattfinden, zumindest wären die Bedingungen dafür günstig.

VERGLEICH ELEKTROINDUSTRIE MIT GESAMTMETALLINDUSTRIE

Median
Industrie Durchschnittslohn
ANGESTELLTE ARBEITER
ANGESTELLTE ARBEITER
20 %
15 %
10 %
5 %



Die meisten Frauen sind in Niedriglohngruppen eingestuft

Philips-Horny: Sparen an allen Ecken und Enden

Die Frauen bei Philips-Horny verdienen im Akkord zwischen 5.000,- und 6.000,-- Schilling. Von allen Seiten wird versucht ihnen einzureden, wie gut sie lohnmäßig bei Philips dastehen, wie gut sie in der Elektrobranche verdienen. Äußern sie tatsächlich einmal ihre Unzufriedenheit, so kommen Argumente wie: "Ihr habt doch ein Auto, eine Eigentumswohnung, was wollt ihr eigentlich noch alles?"

In einer Pause haben nun Frauen von einem Band eine Aufstellung gemacht, wieviel Geld im Monat netto hereinkommt und welche Fixausgaben sie im Monat haben. Diese Aufstellung spricht eine deutliche Sprache und zeigt, daß unser Lohn nur dann zur Wiederherstellung unserer Arbeitskraft ausreicht, wenn an allen Ecken und Enden gespart wird.

Frau: 45 Jahre, verheiratet , 5 Kinder, davon 2 noch zu Hause.
Sie verdient im Akkord S 6.000,- durchschnittlich. Ihr Mann ist LKW-Fahrer, arbeitet durchschnittlich 11 Stunden am Tag und verdient netto S 17.000,-- im Schnitt.
Gemeinsames Einkommen:S 23.000,-
Fixausgaben im Monat:
S 4.700,-- Kredit
S 1.500,-- Kredit (läuft noch 2 Jahre)
S 4.070,-- Kredit (Wohnwagen)
S 1.100,-- Miete
S 1.000,-- Strom u. Gas
S 800,-- Fernsehen u. Radiogebühren
S 6.000,-- zum Leben.

S 19.170,--

Von dem gemeinsamen Einkommen von S 23.000,-- bleiben S 3.730,- übrig. Dieses Geld kann aber nicht auf ein Sparbuch gelegt oder als Taschengeld verwendet werden, sondern davon muß das Telefon, das Benzin, die Kleidung die Zigaretten usw. bezahlt werden.

Es könnte nun jemand auf den Gedanken kommen, daß ein Wohnwagen nun wirklich nicht notwendig ist. Schauen wir uns eine andere Arbeiterin an, die keinen Wohnwagen besitzt, sondern ein 8 Jahre altes Auto, daß ihr Mann braucht um überhaupt zu seinem Arbeitsplatz zu kommen. Sie wohnen im Burgenland. Ihr Mann ist Staatsbediensteter und verdient netto S 9.000,-- durchschnittlich im Monat. Sie verdient im Akkord S 6.200,--. Sie haben ein schulpflichtiges Kind.
Gemeinsames Einkommen:S 15.200,-
Monatliche Fixausgaben:
S 3.500,-- Unterhaltskosten (er war verheiratet und hat 2 Kinder aus der 1. Ehe)
S 700,-- Radio, Fernsehen
S 400,-- Telefon
S 1.000,-- Miete
S 1.000,-- Kredit
S 4.000,-- zum Leben
S 1.000,-- Strom, Gas

S 11.600,--.

Auch hier haben wir nicht einberechnet, wieviel durchschnittlich im Monat für Kleider, Zigaretten etc. ausgegeben wird. Sie müssen sich demnächst ein neues Auto kaufen, obwohl die Raten für das erste noch nicht abbezahlt sind. Dazu müssen sie sich einen Kredit von s 40.000,-- aufnehmen.

Frau Z.:
24 Jahre, ledig, kein Kind.
Einkommen S 6.800,-- - S 7.200, (mit SEG-Zulagen). Frau Z. hat sich für eine körperlich sehr schwere Arbeit gemeldet, um im Schnitt auf S 6.800,-- zu kommen. Warum sie das gemacht hat, geht aus ihrem monatlichen Fixausgaben hervor.
Miete: S 600,--
Telefon: S 400,--
Strom, Gas: S 800,--
Monatskarte: S 280,--
zum Leben: S 3.000,--
Zigaretten: S 800,--
Kredit: S 500,--

S 6.380,--

Frau Z. besitzt weder eine Waschmaschine, noch einen Plattenspieler, von einem Auto gar nicht zu reden. Ihr einziger Luxus ist eine Nähmaschine und ein gebrauchter Farbfernseher zu einem Preis von S 3.000,--. Sie lebt in einer Zimmer-Küche Wohnung ohne Warmwasser, ohne Bad und Dusche Ihr Konto bei der Zentralsparkasse ist im Monat nie unter S 8.000,-- überzogen. An die Drohbriefe der Bank hat sie sich mittlerweile gewöhnt. Wenn sie sich Kleider oder Schuhe kaufen will, muß sie auf das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld warten, von dem an und für sich die Schulden auf der Bank bezahlt werden müßten. (re)

IRAN WEIST SOWJETISCHE EINMISCHUNG ZURÜCK

Die Spannungen zwischen dem Iran und der Sowjetunion haben in den letzten Wochen stark zugenommen.

Anfang Juli war der sowjetische "Diplomat" Golowanow als unerwünschte Person erklärt und des Landes verwiesen worden, nachdem man ihn bei Spionagetätigkeiten ertappt hatte. Überhaupt ist die sowjetische Botschaft das Zentrum der sozialimperialistischen Umtriebe gegen den Iran. Aus diesem Grund hat der iranische Außenminister Ghotbzadeh die Sowjetunion aufgefordert, das Botschaftspersonal in Teheran (derzeit 40 "Diplomaten") auf die Größe des iranischen Personals in Moskau (9) zu reduzieren, weil "ein solcher Vorteil für die Sowjetunion durch nichts gerechtfertigt" ist.

In der Hauptstadt Aserbeidschans, Baku, hat es eine eigenartige "Demonstration" von Exiliranern vor dem iranischen Konsulat, gegeben, hinter dem die iranische Regierung offizielle sowjetische Behörden vermutet. Aber anstatt sich wegen dieses Zwischenfalls in Baku zu entschuldigen, ließ die russische Regierung über TASS ihre "Besorgnis" verbreiten, die Teheraner Sowjetbotschaft könnte ein ähnliches Schicksal wie die amerikanische erleiden. Die iranische Regierung wies derlei Drohungen entschieden zurück. Offenbar sucht die Sowjetunion nach Vorwänden, sich im Iran einzumischen.

ZIMBABWE BEKÄMPFT SOZIALIMPERIALISTISCHE SPALTUNGSMANÖVER

Wieder versucht die Sowjetunion einen Vorstoß gegen das unabhängige Zimbabwe. Bereits während des Volksbefreiungskriegs gegen das rhodesische Siedlerregime hatte sie versucht, die ZAPU Nkomos gegen die ZANU von Robert Mugabe auszuspielen und erstere gegen letztere aufzuhetzen. Dieses Spiel soll nun fortgesetzt werden.

Der Finanzminister Zimbabwes, ZANU-Mitglied Nkala, erklärte, daß die Einrichtung einer Sowjetbotschaft in Zimbabwe nicht in Frage komme, bevor die Sowjets eine eindeutige Erklärung abgegeben hätten, auf die "Unterstützung eines Stammesführers zu verzichten". Gemeint ist offensichtlich Nkomo, der sich auf die Matabele-Minderheit stützt und viel mehr Rechte in der Koalitionsregierung verlangt, als ihm aufgrund des Stimmenverhältnisses bei den Wahlen zukommt.

Mugabe hat betont, daß eine Unruhestiftung durch Nkomo-Leute und eine Beeinträchtigung des von der Regierung beschlossenen Aufbauprogramms unterbunden würden, wenn nötig durch die Einführung eines Einparteienstaates. Die Absage an die sozialimperialistischen Umtriebe ist eindeutig.



SYRISCH-SOWJETISCHER "FREUNDSCHAFTS-VERTRAG"

Einen "Freundschaftsvertrag" soll Syrien dieser Tage mit Moskau abschließen. Laut Londoner "Daily Telegraph" hat Moskau Syriens Präsident Assad schon lange zum Abschluß dieses Vertrags gedrängt, dieser sich aber bisher dagegen zur Wehr gesetzt. Um sich die Unterstützung der Sowjetunion und die aufständische "Moslembrüderschaft" zu sichern, soll er nun zum Abschluß dieses "Freundschafts- und Kooperationsvertrages" bereit sein.

Kampucheas Volkskrieg - Eindämmung des sowjetischen Hegemonismus



Eine Krankenschwesterngruppe des Roten Kreuzes von Kampuchea

Könnte sich die Sowjetunion der Ölländer im mittleren Osten und der südostasiatischen Länder bemächtigen, dann hätte sie sowohl das für einen Krieg unentbehrliche Erdöl ihrem amerikanischen Rivalen zu einem bedeutenden Teil abgenommen als auch die Verbindungswege Japans nach Europa in der Hand. Die Bedingungen für einen Angriff auf westeuropäische Länder mit ihren gewaltigen Produktionspotentialen wären gereift.

Die Völker Kampucheas und Afghanistans kämpfen somit nicht nur für ihre Freiheit, ihr Kampf schwächt nicht nur den Imperialismus allgemein. Konkret durchkreuzen sie die sowjetischen Aufmarschpläne für einen Dritten Weltkrieg. Die vietnamesischen Kolonialisten, die die sowjetischen Geschäfte in Südostasien zu erledigen haben und darüberhinaus ein eigenes Interesse an der Errichtung eines Großimperiums hätten, sind eineinhalb Jahre nach dem Einmarsch in Kampuchea weit davon entfernt, ihren von der Sowjetunion zusammengeschusterten Militärstiefel noch einen Schritt über Laos und Kampuchea hinaus zu setzen. Mit dem Einfall in Thailand Ende Juni wollten sie Stärke demonstrieren. Nur: Wo sind sie geblieben, die vietnamesischen Truppen? Es gibt noch keinen verbreiteten Bericht der Regierung des Demokratischen Kampuchea über den jüngsten Kampf an der kampucheanisch-thailändischen Grenze. Immerhin gibt es aber Vergleichsmaterial. Im Februar dieses Jahres hatten die Vietnamesen ebenfalls einen Angriff auf Thailand geplant. Sie waren aber schon in Kampuchea stecken geblieben. Nach einigen Gebietsgewinnen wurden sie von den Streitkräften des Demokratischen Kampuchea zurückgeschlagen. Kaum anzunehmen, daß es diesesmal anders gewesen sein könnte. Und daß, wie die bürgerliche Presse in Österreich berichtete, die Vietnamesen mindestens die Grenze vermint hätte, ist eine abstruse Vorstellung, die nur in Gehirnen bürgerlicher Schreiberlinge entstehen kann, denen die waffentechnische und zahlenmäßige Überlegenheit des vietnamesischen Aggressors dermaßen ins Auge sticht, daß sie seit Jänner 1979 davon vollständig geblendet sind.

Je weniger über die Tatsache hinweggegangen werden kann, daß das Demokratische Kampuchea nicht vernichtet ist, sondern kämpft, desto mehr vermarktet die bürgerliche Presse wieder das Elend der hungernden Volksmassen Kampucheas. Dieses wird dargestellt nicht nur als Ergebnis der vietnamesischen Aggression, sondern auch der Unbeugsamkeit der "diktatorischen Roten Khmer". Und in letzter Zeit verbreitet sie sogar, daß die "Roten Khmer" im inneren Kampucheas agieren, indem sie Züge in die Luft sprengen mit unschuldigen Zivilisten. Immerhin geben mit solchen Meldungen die Vietnamesen zu, daß ihre Nachschubwege unterbrochen werden. Der Berichterstattung über die weitverzweigte und vielfältige Guerillatätigkeit stehen die bürgerlichen Medien genauso feindlich gegenüber wie zur Zeit des antiamerikanischen Befreiungskampfes; handelt es sich doch hierbei um die revolutionäre Bewegung eines Volkes unter Führung der rechtmäßigen und mit dem Volk verbundenen Regierung.

Orientiert man sich aber an den Berichten der Regierung des Demokratischen Kampuchea, dann kann man ihnen nicht nur entnehmen, daß Züge bei Pursat (Strecke Phnom Penh - Battambang) und auf der Strecke Phnom Penh - Kompong Som in die Luft gesprengt wurden, sondern daß die steten Zermürbungsangriffe auch in der Regenzeit mit großer Beharrlichkeit fortgeführt werden. Z.B. ergaben die verschiedenen Kampfkomuniqués in der Zeit von 13. bis 19. Juni eine Zahl von 2600 ausgeschalteten feindlichen Truppen. Die Vietnamesen mußten weiters Anfang Juni im West und Nordwesten einige Lager aufgeben. So in Leach, wo sie bei ihrem Rückzug noch chemische Gifte versprühten. Der Guerillakampf dringt bis in die Städte vor. "Le Monde" berichtet am 17. 6.: "Nach Phnom Penh selbst sind wie in anderen Städten Guerillas eingesickert und haben die sowjetischen und vietnamesischen Botschaften beschossen."

INTERNATIONALE UNTERSTÜTZUNG DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

In der am 29. 6. zu Ende gegangenen Außenministerkonferenz der ASEAN-Staaten (Thailand, Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur) wurde beinahe einhellig die Sowjetunion für die vietnamesische Aggression verantwortlich gemacht. Die Konferenz bekräftigte die Forderungen nach sofortigen Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea und die Stationierung von UNO-Sicherheitstruppen. Der jugoslawische Ministerpräsident Mijatovic sandte am 18. 6. dem Premierminister des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, eine Botschaft, in dem er sich für die Teilnahme am Begräbnis Titos bedankte und bekräftigte, "weiterhin das Demokratische Kampuchea in seinem Kampf für die Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes zu unterstützen".

Sozialministerin Ieng Thirith, die Sonderbeauftragte der Regierung des Demokratischen Kampuchea, bereiste vom 2. bis 21. Juni die afrikanischen Länder Senegal, Zaire, Gabun und Mauretanien. Regierungsvertreter aller dieser Länder versicherten ihr die vollständige Unterstützung des gerechten Kampfes des kampucheanischen Volkes für sein Überleben und für den Weltfrieden und gegen den Spezialvernichtungskrieg der vietnamesischen Regionalexpansionisten und ihrer Herren, den sowjetischen Globalexpansionisten.

VERSTÄRKTER FLÜCHTLINGSSTROM AUS VIETNAM

Im Mai seien 10.496 vietnamesische Flüchtlinge auf Booten in südostasiatischen Ländern gestrandet, 6.288 Laoten und Vietnamesen auf dem Landweg nach Thailand geflüchtet, erklärte ein Sprecher des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge. Das sind nur die erfaßten Flüchtlinge. Außerdem gelangten viele auf Booten nach China. Ein Korrespondent der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua befragte Vietnamesen aus der Gegend von Hue nach den Gründen für ihre Flucht. Fischer erzählten, sie seien gezwungen worden, die Hälfte aller Fische zu niedrigen Preisen an die Regierung zu verkaufen, hätten aber gleichzeitig keine Möglichkeiten gehabt, sich mit Nahrungsmitteln zu offiziellen Preisen zu versorgen. Auf dem Schwarzmarkt beträgt der Preis für 1kg Reis ein Zwanzigfaches des offiziellen Preises. Für die Hälfte ist der Hauptgrund die Flucht vor der Einberufung in die Armee gewesen. Sie seien nicht bereit, in Kampuchea zu sterben. Die Kader aus Nordvietnam nannten sie "Schieber" und "Lokaldespoten, die dem Volk im Nacken sitzen". (Beijing Rundschau, 24.6.)

Geflohen ist auch der ehemalige Justizminister der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams, Truang Nhu Thang, im März. Am 9.6. verurteilte er auf einer Pressekonferenz in Paris die Unterordnung Vietnams unter die UdSSR, die zur Isolierung Vietnams in der ganzen Welt geführt habe, und trat für die Befreiung des vietnamesischen Volkes und der Völker von Laos und Kampuchea ein. "In Vietnam habe die Abhängigkeit von der UdSSR eine Klasse von korrupten Bürokraten erzeugt, die die Kluft zwischen Partei und Volk weiter vergrößern." Er berichtete von wachsenden Widerstandsbewegungen im ganzen Land, die im Süden zum Teil den bewaffneten Kampf aufgenommen haben. Die Zeitschrift "Far Eastern Economic Review" berichtete über die Flucht der "Sekretärin und Nebenfrau des khmerischen Wirtschaftsministers Ros Samay, Pom Delis", die "vor Monaten aus Protest gegen die Hanoier Kolonisationspolitik nach Thailand geflüchtet ist und hier ausgepackt hat" (zitiert nach "Die Presse", 1.7.): Sie berichtete über den Mißbrauch westlicher Hilfe. Heng Samrin sei für Monate verschwunden. Dann halte er sich in Hanoi auf. Hinter jedem kampucheanischen Minister stehe ein Hanoier Berater, der eigentlich entscheide. Vietnamesische Sprachkurse seien für alle kampucheanischen Beamten Pflicht. Die wirtschaftliche Ausbeutung beschränke sich deshalb auf die Beschlagnahmung internationaler Hilfsgüter, weil es sonst in Kampuchea nichts mehr zu holen gibt. Mit der zu erwartenden Machtübernahme Pen Sovans würde dann der tatsächliche Anschluß an Vietnam beginnen.

Aufschlußreich sind die sowjetischen Angaben über die "Begrenzung" der Finanzspritzen an Pnom Penh auf 26 Mio. Schilling pro Tag, "wie in Moskau erklärt wurde" (Presse, 4.7.) - das macht über eine Dreiviertelmilliarde im Monat. Dazu muß man noch in Rechnung stellen, daß die professionistischen Lügner ihre Zahlungen zu niedrig angeben. Vielleicht kann sich die Sowjetunion einiges durch zu erwartende Erdöllieferungen wieder hereinholen. Vietnamesische Wirtschaftsfunktionäre haben gegenüber japanischen erklärt, Vietnam werde bald "führender Erdölexporteur" sein. 1975 war die Mobil bei Vung Tan fündig geworden. (bo)

Widerwärtige ÖOC-Komödianten

Eine widerwärtige Komödie hat mit dem Entschluß des Österreichischen Olympischen Komitees, sich in Moskau an keinerlei Protestaktionen zu beteiligen, ihren (vorläufigen?) Endpunkt gefunden. In einem Fernsehinterview erklärte SP-Stadtrat und ÖOC-Vorsitzender Heller, zu diesem Entschluß sei es "aus staatspolitischen Gründen" und nach einer Rücksprache mit Regierungsstellen, die nachdrücklich auf die Verpflichtung zur staatspolitischen Rücksichtnahme hinwiesen, gekommen.

Rückblickend betrachtet, unbeeinflußt von diesen und jenen Äußerungen irgendwelcher Politiker, unbeeinflußt vom Auf und Ab der "Tagespolitik", gemessen einzig und allein an den Tatsachen erweist sich so die österreichische Politik in Fragen Olypiaboykott als gradlinige und immer offener werdende Unterstützung der sowjetischen Imperialisten gegen deren seit Jahresbeginn angewachsene Isolierung.

Angefangen hat alles damit, daß die Regierung in der Diskussion um einen eventuellen österreichischen Olypiaboykott ausdrücklich klargestellt hat, daß es sich hier um keine politische, sondern um eine "sportliche" Angelegenheit handle, in der nicht die Regierung, sondern "der Sport" zu entscheiden habe. Begleitet war dies bereits davon, daß die "Vertreter des österreichischen Sports", wie der Großindustrielle Schöller, auf internationalen Konferenzen eindeutig gegen den Olympiaboykott Stellung bezogen haben. Die gesamte bürgerliche Berichterstattung fiel in den Chor ein und reklamierte nachdrücklich, daß die Politik aus dem Sport herausgehalten werden müsse. Nachdem sich die Regierung derart konsequent aus der Entscheidung herausgehalten hatte, faßte das ÖOC den mehrheitlichen Beschluß, in Moskau teilzunehmen. Bereits kurze Zeit später erfolgte (wohl wieder ohne jegliches Zutun der Regierung) der überraschende und bis heute durch nichts erklärte Beschluß zuerst des Hörfunks und dann auch des Fernsehens, über Moskau eine Monsterberichterstattung aufzuziehen. Zu guter Letzt wurde noch die Olympiamannschaft um fast 50% aufgestockt.

Und nun, nachdem Österreich sich zwar von den "antisowjetischen Boykottierern" vor allem aus der Dritten Welt deutlich distanziert hatte, sah es sich plötzlich auf einer Konferenz der westeuropäischen Olympischen Komitees mit der peinlichen Tatsache konfrontiert, daß die bloße Teilnahme in Moskau noch nicht genügt, und daß man dort unter Umständen mit halbherzigen bzw. Alibi-Protestaktionen westeuropäischer Delegationen zu tun bekommen könnte.

So stand das ÖOC vor dem unausweichlichen Zwang, den sowjetischen Sozialimperialisten noch weiter auf den Knien entgegenzurutschen. Folglich der Beschluß, sich in Moskau an keinerlei Protestaktionen zu beteiligen.

Das Bemerkenswerte ist aber, daß nun, nachdem solange die Frage der Olympiateilnahme einzig und allein "vom Sport her" entschieden wurde, daß ausgerechnet nun und ausgerechnet von den "Vertretern des österreichischen Sports" die "staatspolitische Rücksichtnahme" als entscheidendes Kriterium genannt wird. Und während die Regierung nun schon seit Monaten beteuert, daß sie die Frage "Olympiaboykott ja oder nein" überhaupt nichts angehe, muß sich nun das ÖOC zuerst mit der Regierung "beraten", bevor es eine "staatspolitische" Entscheidung trifft. Darin zeigt sich schlagartig die ganze Verlogenheit der Regierung, die ganz eindeutig von Anfang an direkten Kurs auf die Olympiateilnahme und Unterstützung Moskaus nahm, dies monatelang vor den Österreichern mit völlig an den Haaren herbeigezogenen Phrasen rechtfertigte und die nun, nachdem im Westen - auch mit ihrer Hilfe - der Olympiaboykott scheiterte, offen Farbe bekennt. (gf)

Die Streiks in Polen

Anfang Juli brachen in Warschau, Ursus, Mielec, Gdansk, Lodz, Wloclawek und Tczew Streiks gegen die von der Regierung geplanten und bereits beschlossenen enormen Preiserhöhungen für Fleisch aus. Etwa 10.000 Arbeiter beteiligten sich an den Arbeitsniederlegungen. Die Regierung Gierek geriet in arge Schwierigkeiten, aus denen sie auch nicht so bald herauskommen wird. Denn so wie sie am Kurs festhält, daß das Volk für den Schaden aufkommen soll, den sowjetische Ausplünderung und kapitalistische Wirtschaft verursachen und den die politische Regierung mit einem rigorosen Sparprogramm wettmachen will, wird auch der Widerstand anwachsen.

Drastische Preiserhöhungen, von der Regierung beschlossen und praktisch Lohnsenkungen in grossem Ausmaß, waren in der Vergangenheit stets auslösender Faktor für Streiks und Aufstände gegen das revisionistische Regime. 1956 hatte der damalige Regierungschef Gomulka alle Mühe, Arbeiteraufstände gegen Preiserhöhungen niederzuschlagen. In den berühmten Streikkämpfen von Gdansk und in anderen Industriestädten im Jahre 1970 wurde dann die Gomulka-Regierung endgültig hinweggefegt und durch das Gierek-Regime ersetzt. Geändert hat sich nicht viel. 1976 antworteten die Arbeiter von Ursus und Radom erneut mit Streik, als die Lebenshaltungskosten durch die Verteuerung der Grundnahrungsmittel ohne entsprechende Lohnerhöhung hinaufgesetzt wurden. Die 1970 entstandene und seither praktisch illegal arbeitende Gewerkschaftsorganisation war die Führerin dieser Kämpfe gewesen.

Die nun erfolgte Erhöhung der Fleischpreise um 30 bis 90% ist Teil eines umfangreichen Regierungsprogramms zur Budgetsanierung. Bisher sind jährlich etwa 76 Milliarden Zloty an Preisstützungen aufgewendet worden, um den Preisanstieg bei Fleisch zu dämpfen. Wie die gesamte landwirtschaftliche Produktion stagniert auch die polnische Fleischproduktion, die hohen Preise für das hauptsächlich importierte Futter verschärft die Lage noch. Mit der Streichung dieser Subventionen versucht die Regierung, die Folgen auf das Volk abzuwälzen und dessen Lebensstandard zu senken.

DOPPELSTRATEGIE DER REGIERUNG

Noch sitzt Gierek die Erinnerung an die Streiks von 1970 und 1976 im Nacken, welche der polnischen Regierung einen Strich durch ihr Wirtschaftsprogramm machten und Preiserhöhungen zum Teil verzögerten, zum Teil sogar verhinderten. Diesmal ging er etwas anders vor. Die Fleischpreiserhöhungen sollten nicht mit einem Schlag im ganzen Land wirksam werden. Eine administrative Maßnahme (Fleisch soll nur mehr in den ohnedies teureren "Kommerzläden" angeboten werden) sollte zur Verschleierung der Regierungsmaßnahme dienen. Doch das alles half nichts. Am 3. Juli legten mehr als 10.000 Arbeiter in den Industriezentren die Arbeit nieder. Arbeiterkommissionen wurden gewählt, Vertreter für Verhandlungen mit den Firmenleitungen und den Regierungsverantwortlichen bestimmt. Tagsdrauf hörte man davon, daß in einigen Betrieben ziemlich schnell Lohnerhöhungen oder 10-prozentige Teuerungszulagen gewährt worden seien, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen und die Streikfront aufzulösen.

Tagsdrauf ließ die Regierung bereits über ihre Zeitungen Dementis verbreiten: Lohnerhöhungen habe es in einigen Fabriken zwar gegeben, doch sei der Zusammenfall mit den Fleischpreiserhöhungen rein zufällig. Es gehe in Wirklichkeit um die Abgeltung erschwerter Arbeitsbedingungen.... Zwar dürfte niemand in Polen diese Märchen glauben, doch weist es auf die Strategie der Regierung in dieser Auseinandersetzung hin. "Generelle Lohnerhöhungen in breiterem Umfang sind wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht möglich", betonte Gierek in einer Rundfunkansprache. Notwendig hingegen sei die Anhebung der Fleischpreise auf ein "kommerzielles Niveau", wie er sich umschreibend ausdrückte. Und wozu das ganze Sparprogramm, das dem Volk so teuer komme? Damit die "Durststrecke" überwunden und die Wirtschaft angekurbelt wird, die dann eine "schrittweise Verbesserung der Einkommen der sozial Schwächsten" und eine Dämpfung des Preisanstiegs erst ermögliche. Als Zuckerl stellte er eine Anhebung der Familienbeihilfen im nächsten Jahr in Aussicht. Außerdem sollen die Preise in den Betreibskantinen, in Kindergärten, Schulen und Einrichtungen des Gesundheitswesens nicht im Gefolge der Fleischpreiserhöhung hinaufgesetzt werden.

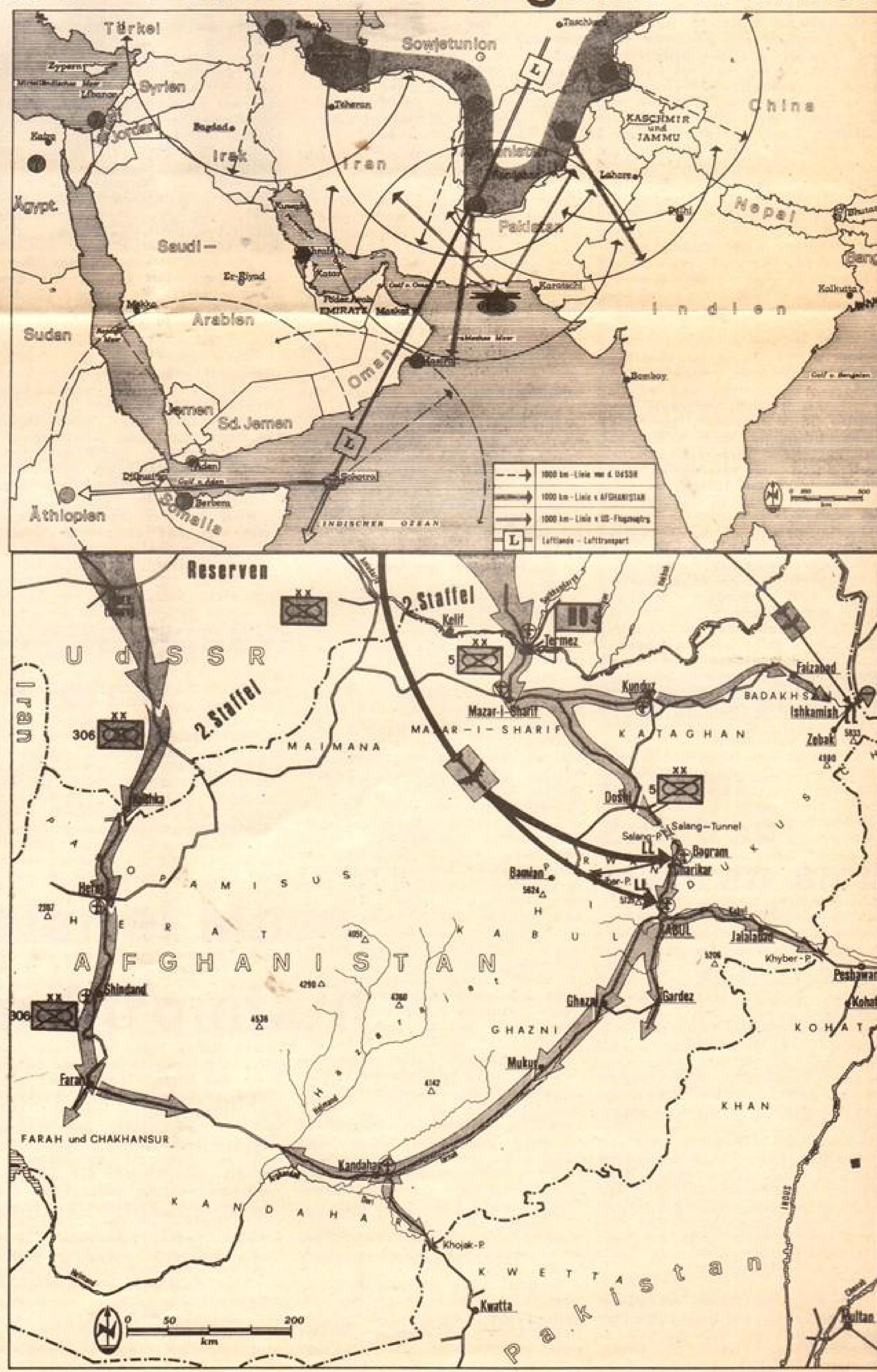
Auf diese Weise sollen die streikenden Arbeiter als Hindernis für das wohldurchdachte Wirtschaftsprogramm der Regierung hingestellt und so isoliert werden. Aber kann das einem Regime gelingen, dessen Einzelhandelsminister sich öffentlich damit brüstet, daß "das Niveau der Versorgung nicht schlechter als im Vorjahr war"? (gm)

Sowjettruppen in Afghanistan

Blitzkrieg gescheitert - Völkermord geht weiter



Afghanische Freiheitskämpfer vor einem erbeuteten sowjetischen Panzer



Sieben Monate sind seit dem direkten und massiven Einmarsch von etwa 100.000 Sowjettruppen und Luftstreitkräften in Afghanistan vergangen. Der Blitzkrieg, von den tausenden bereits vorher im Land "tätigen" sowjetischen "Experten" vorbereitet, hat der Sowjetunion nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die sowjetischen Panzer-, Artillerie und Luftstreiteinheiten stehen einem und Luftstreiteinheiten einem Volkswiderstand gegenüber, der ihnen hohe Verluste zufügt und einen Blitzsieg unmöglich macht.

Nebenstehende Karten aus der Österreichischen Militärischen Zeitung veranschaulichen sowohl die Absichten als auch die Unmöglichkeit ihrer Realisierung durch die Sowjetunion. Abgesehen vom strategischen Konzept, über Afghanistan zum geeigneten Zeitpunkt weiter nach Süden zum Indischen Ozean vorzustoßen, verbessert allein schon die Besetzung Afghanistans und der Ausbau sowjetischer Luftstützpunkte dort vor allem die Luftüberlegenheit der Sozialimperialisten im Raum von der arabischen Halbinsel bis Indien. Die Reichweiten der taktischen Luftstreitkräfte werden erheblich ausgedehnt.

Die zweite Karte zeigt, wie der sowjetische Vorstoß zur Jahreswende vorgetragen wurde. In zwei hauptsächlichen Vorstößen wurden die wichtigsten Städte besetzt und die Nachschubwege unter Kontrolle gebracht. Damit hatte die Sowjetunion im Frühjahr allerdings erst etwa 15% der afghanischen Bevölkerung unter der Kontrolle ihrer Besatzung, das ausgedehnte Bergland, in dem weit verstreut 85% der Bevölkerung leben, konnten sie mit ihren Streitkräften nicht besetzen. Es ist das Hinterland für die militärischen Aktionen der Freiheitskämpfer gegen Militärlager, Straßen und auch Truppenverbände der Sowjets.

Hohe sowjetische Verluste waren die Folge. Daher wurde eine Umgruppierung der Kräfte nötig. Die so groß von der TASS ausposaunte und von den westlichen Beschwichtigungspolitikern so dankbar aufgenommene "Truppenreduzierung" der Sowjetunion war nichts anderes als die Einleitung einer Umstellung der sowjetischen Taktik. Nicht gut einsetzbare Einheiten wurden abgezogen oder verlegt, insgesamt die Sowjetpräsenz aber verstärkt. Der "Abzug" erwies sich sehr schnell als reiner Betrug. (Siehe auch "KLASSENKAMPF" Nr. 16/80)

Ausgehend von dem in der Karte eingezeichneten "Ring", der die Hauptstädte verbindet, versuchen die Sowjets jetzt "Säuberungsaktionen" in Seitentälern und auf Berggegenden durchzuführen, um den Widerstand zu treffen.

Dabei sind in der letzten Zeit unglaubliche Massaker bekanntgeworden. Nachdem Freiheitskämpfer erfolgreich das russische Militärlager Guldera in der Nähe von Kabul angegriffen hatten, starteten die Sowjets einen "Vergeltungsschlag" im Kohdamantal. Panzer in der Stärke von 400 walzten Weinstöcke und Gehöfte nieder, mindestens 100 Zivilpersonen, Bauern, Kinder usw. wurden ermordet. Ebenso wurde bekannt, daß aus sowjetischen Hubschraubern sogenannte "Spielzeugbomben" abgeworfen werden, Spielzeug und Schreibmaterial wie Bleistifte, die sich beim Angreifen dann als tödliche Sprengkörper entpuppen.

Dennoch haben Freiheitskämpfer auch in den letzten beiden Wochen wieder mutige Aktionen durchgeführt. Am 7. 8. hingen auf der Mauer der sowjetischen Botschaft in Kabul, dem Regierungssitz des russischen Statthalters, Spruchbänder, die den sofortigen Abzug der Sowjettruppen forderten. 100 Mann Besatzungssoldaten wurden aufgeboten, den dort angebrachten Willen des afghanischen Volkes zu entfernen.

Auch in Moskau wird gegen die russischen Besatzer gekämpft. In einem Interview mit westlichen Zeitungen erklärte der Vorsitzende des afghanischen olympischen Komitees Achmed Nasir, er sei unter physischer Bedrohung gezwungen worden, an den "Friedensspielen" in Moskau teilzunehmen. Nachdem die afghanische Fußball- und Basketballmannschaft bereits geflohen war, entzog sich nun auch das Ringerteam durch seine Flucht nach Pakistan der Zwangsteilnahme an den Olympischen Spielen. (gm)

Atomare Romantik

Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß Sie den Namen Red Adair schon irgendwo gehört oder gelesen haben. Noch wahrscheinlicher ist, daß Sie den Namen Edwin Zebroski noch nicht gehört oder gelesen haben.

Red Adair ist einer der Helden des Zwanzigsten Jahrhunderts. Er hat eine internationale Erdöl-Feuerwehrtruppe gegründet und verdient damit Millionen. Wenn es irgendwo einen "Blow-up" gibt – so nennen es die Männer vom Fach, wenn bei einem Bohrloch der Druck zu groß wird und Ventile und Förderturm rausfliegen wie der Stöpsel aus einer Champagnerflasche – dann ist Red Adair mit seiner Mannschaft in wenigen Stunden zur Stelle, auf welchem Punkt des kleinen Golfballes, der sich Erde nennt, das Unglück auch passiert sein mag. Und wenn Red und seine Männer, von denen jeder soviel verdient wie ein mitteleuropäischer Generaldirektor, mit ihren Sprengladungen, einer geschickt abgeworfenen Bombe oder sonstwie die Sache in Ordnung bringen, dann sind die Zeitungen voll mit ihren Heldentaten, und keiner spricht mehr von den verunglückten Arbeitern, die die Hast der Erdölgesellschaften, ihre Investitionen möglichst rasch wieder hereinzukriegen, mit dem Leben bezahlen müssen, keiner spricht von den Fischern, die wegen einer schlecht verankerten Bohrinsel keine Fischer mehr sein dürfen, keiner spricht von dem Raubbau an der Natur, der hier noch immer betrieben wird. Blow-ups gehören zum kalkulierten Risiko, denn es ist rentabler, Red Adair und seinem fliegenden Zirkus Millionengagen zu zahlen, als auf riskante Bohrungen zu verzichten und überall die nötigen Sicherungen einzubauen. Und mit Red Adair verliert so ein Blow-up den Geruch des Verbrechens und bekommt den Glanz und die Romantik eines modernen Abenteuers. "Glamour" nennt das amerikanische Show-business das.

Wer ist aber nun der eingangs erwähnte Herr Edwin Zebroski?

Dr. Edwin Zebroski hat eine Entdeckung gemacht. Er ist Direktor des "Nuclear Safety Analysis Centre", des Untersuchungszentrums für atomare Sicherheit, das von der amerikanischen Strom-Industrie bezahlt wird. Und als solcher hat er seine Entdeckung gemacht: "Die Nuklearindustrie braucht einen Red Adair", ist seine Botschaft. Und dieser Red Adair der Atomindustrie will er selber werden.

Den großen Hit will er mit der Wiedereröffnung des Atomkraftwerks "Three Mile Island" bei Harrisburg landen. Dafür hat er sich auch schon einen Plan ausgedacht.

Das große Problem, das einer Reparatur des Reaktors, der vor anderthalb Jahre fast explodiert wäre, im Weg steht, ist, daß das Reaktorgebäude noch immer voll ist mit radioaktivem Gas, und zwar Krypton 85. Das Gas, "das für jeden, der eintritt, ein großes Risiko darstellt und von den Leuten, die in der Umgebung wohnen, als ständige Bedrohung angesehen wird", aus dem Reaktor zu entfernen, ist bis jetzt noch niemand gelungen. Krypton ist leider ein Edelgas, es geht keine Verbindungen ein und läßt sich auch in nichts auflösen. Aber der Red Adair der Atomindustrie hat eine Idee, ebenso einfach wie genial: er wird das Gas einfach in die Luft ablassen. Langsam, während einiger Monate, sodaß es ordentlich verdünnt wird und sich niemand Sorgen machen braucht.

Dann, wenn das giftige Gas abgelassen ist, kommt die große Stunde des Doktor Zebroski: er wird als erster Mensch den Reaktor von Three Mile Island betreten!

"Das öffentliche Image der Nuklearindustrie ist einfach dadurch beeinträchtigt, daß die Leute glauben, so ein Kraftwerk müßte durch die Vorschriften in Windeln gewickelt werden, während bei anderen Industrien, wie zum Beispiel Öl, gerade die Gefahr die Romantik ausmacht", ist seine trockene Erklärung für diesen wahlsigen Schritt.

Seine Frau, eine diplomierte Psychologin, hat die Idee ihres Mannes noch ausgebaut: Sie findet, daß der Effekt erst vollkommen sein wird, wenn sie an der Seite ihres Gatten den Schritt in den Reaktor tut.

Das ist eben Amerika: Während es in Rußland noch gefährlicher ist, von einem Reaktorunfall zu sprechen, als einen mitzumachen, tritt der amerikanische Held offen vor die Fernsehkameras der ganzen Welt, um den verseuchten Reaktor wieder sauberzumachen, begleitet von seiner Frau, die zwar von Reaktortechnik nichts versteht und darum gar nichts da drinnen verloren hätte, die aber mitgeht als Symbol der treusorgenden Gattin und Mutter, um allen amerikanischen Müttern klarzumachen, daß Reaktorluft für ihre Kleinen genauso unschädlich ist wie das Milchpulver, das man aus verseuchter Harrisburg-Milch hergestellt hat.

Wenn sie beide in ihren Schutzanzügen aus dem Scheinwerferlicht in das Dunkel des Reaktorinneren treten werden, werden die Fernsehzuschauer daheim sich an die Landung der ersten Menschen auf dem Mond erinnert fühlen. Doch im Gegensatz zu Mondfahrern werden die beiden dem irdischen Zugriff keineswegs entzogen sein, und so wird sich vielleicht doch jemand finden, der hinter dem Red Adair der Atomindustrie und seiner Heldengattin die Tür zuschlägt und den Schlüssel zweimal umdreht. (sj)

Die Unbestechlichen

Österreichs Politiker haben in diesen Wochen zur Kenntnis nehmen müssen, das das österreichische Volk sie für korrupt hält. Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft hat ermittelt, daß nur 14 Prozent der Österreicher die Politiker, und gar nur 8 Prozent die Beamten für unbestechlich halten. 28 Prozent halten die Politiker für generell bestechlich, und 49 Prozent für "bestechlich in Ausnahmefällen".

Wie überrascht oder bestürzt die Politiker über dieses Ergebnis waren, konnte leider nicht festgestellt werden, da sich bis jetzt keiner von ihnen in der Öffentlichkeit zu diesem Umfrageergebnis geäußert hat. Kein Sturm ist beim Bekanntwerden der Nachricht im Parlament losgebrochen, die Abgeordneten haben nicht erklärt: "Gut, wenn das so ist, und man uns nicht vertraut, dann können wir ja gehen", sie haben nicht drängend und schimpfend das Parlament verlassen und dem Volk durch die anwesenden Journalisten mitteilen lassen, es solle sich seinen Dreck in Zukunft selber machen.

Es ist aber auch keiner aufgestanden und hat erklärt: "Ja, ich habe genommen, aber nur, weil ich mit meinem Abgeordnetengehalt von 35.000,- Schilling nicht mehr auskomme. Ich ersuche um Verdopplung meines Gehalts, dann wird's nicht mehr vorkommen".

Nichts dergleichen. Sie haben geschwiegen und es dem Volk überlassen, sich dieses Schweigen zu deuten. "Was ist zu deinem Mißtrauensvotum zu sagen haben? Schmeck's, Kropferter!"

Vielleicht hat ihnen die Erkenntnis, vom Volk durchschaut zu sein, die Red' verschlagen? Das kann nicht sein, denn geredet ist in diesen Tagen im Parlament sehr viel worden. Ob es die Scham war, die ihnen verboten hat, darüber zu sprechen? Aber dann hätten sie wohl nicht ausgerechnet lautstark darüber debattiert, ob es sinnvoll sei, Sightseeingtouren auf die Baustelle des Allgemeinen Krankenhauses zu unternehmen, um dort nach Beweisen für Korruption zu fahnden.

Eine einzige Erklärung ist denkbar, und die müßte aus dem Mund eines dieser Politiker wohl ungefähr so ausschauen: "Schaun Sie, was hätten wir denn dazu sagen sollen? Sollen wir sagen, das es stimmt? Damit machen wir uns unmöglich. Sollen wir sagen, daß es nicht stimmt? Damit machen wir uns lächerlich. Will die Opposition der Regierungspartei damit eins auswischen, dann wärmt die Regierungspartei alte G'schichten auf. Will die Regierungspartei der Opposition eins auswischen, dann heizt die neue G'schichten an. Also das Beste ist, man sagt gar nix."

Die Politiker haben nix gesagt und es ihren Zeitungsschreibern überlassen, die Angelegenheit zu kommentieren. "Nach 35 Jahren Zweiter Republik ist das Bild, das sich die Österreicher, und hier vor allem die Jungen bis 25 Jahre, von ihren Politikern und Beamten machen, erschütternd", meldet die AZ, die zwar noch immer kein "Tagblatt für Österreich", dafür aber seit Menschengedenken keine Arbeiter-Zeitung mehr ist.

Und ihr Chefredakteur schreibt in seiner täglichen Kolumne: "Das Ergebnis der jüngst veröffentlichten Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, wonach ein beträchtlicher Teil der österreichischen Bevölkerung die Politiker und mehr noch die Beamten für mehr oder weniger bestechlich und korrupt hält, muß jeden, dem es ernst ist um die Demokratie, aufhorchen lassen. Denn es öffnet sich hier eine Kluft zwischen dem Selbstverständnis der von dieser Beurteilung betroffenen Gruppen und den "normalen" Staatsbürgern, die zwar keine akute Gefahr darstellt, aber in einer weniger ruhigen, durch wirtschaftliche Rückschläge gekennzeichneten Zeit zu einer solchen werden könnte. Auf solchen Meinungen haben nach dem Ersten Weltkrieg die ärgsten Feinde der Demokratie deren Untergang vorbereitet, und was an ihre Stelle gesetzt worden ist, weiß jeder.

Verfehlt wäre es, jetzt nach "Schuldigen" für die weite Verbreitung einer so gefährlichen (und mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmenden) Ansicht zu suchen..."

Der Chefredakteur Scheuch scheut auch vor dem knifffligen Problem – "Zugeben oder dementieren?" – nicht zurück, und löst es, indem er das Dementi nebenher und sogar in Klammern gesetzt bringt, denn nicht um die Tatsache, ob oder ob nicht die Politiker bestechlich sind, geht es, sondern nur um die Ansicht des Volks, daß sie es seien, und diese Ansicht ist das eigentlich Gefährliche. Es öffnet sich nämlich hier eine Kluft, es ist nämlich so, daß die "normalen" Staatsbürger von den Politikern und Beamten etwas anderes denken, als diese von sich selber. Das ist zwar noch keine akute Gefahr, denn solange der Österreicher sein gutes Pappi hat, pfeift er eh auf die Politik und die Politiker, ob korrupt oder nicht.

In unruhigen Zeiten aber und wenn es wirtschaftliche Rückschläge gibt, nützt die weitverbreitete Meinung des Volks, daß die Demokratie gar keine ist, natürlich in erster Linie den Feinden der Demokratie. Denn bekanntlich haben die österreichischen Arbeiter in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gesagt: "Die Demokratie ist eh keine, also soll sie gleich ganz hin sein", und haben der Heimwehr ihre Gewehre abgeliefert.

Verfehlt wäre es nun freilich, jetzt nach "Schuldigen" für die weite Verbreitung einer so gefährlichen Ansicht zu suchen: "Selbst wenn sie durch Medien, die Sonderfälle verallgemeinern, gefördert wurde, liegen ihre Ursachen tiefer".

An Sonderfällen, die sich zum Verallgemeinern durch die Medien eigneten, wurde die Zweite Republik mit zunehmendem Alter allerdings immer reicher. Im doch noch recht jugendlichen Alter von 35 Jahren kann sie da schon auf Einiges zurückblicken. Auf einen "Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung" zum Beispiel, der in ihrer frühesten Kindheit schon Firmen aus deutschem Eigentum statt in das des Staates in sein eigenes übergehen ließ, und Gelder, die dem Staat zugestanden wären, in die Kassen der ÖVP umleitete; auf einen Innenminister, der einige Jahre später Gewerkschaftsgelder in die Kassen der SPÖ fließen ließ; auf einen Verteidigungsminister, der sich an Waffenschiebungen beteiligte; auf eine Gesundheitsministerin, die ihren Freunden staatliche Millionenaufträge zuschanzte. Und der derzeitige Finanzminister muß sich auch alle Jahre einmal von dem Verdacht befreien, daß er seine Position für Privatgeschäfte ausnutzt und daß er seinem "Clan" lukrative Geschäfte verschafft.

Fünf Minister in fünfunddreißig Jahren, das ist ja nun wirklich nicht viel. Einer von ihnen ist sogar eingesperrt worden. Der andere hat eine Bank gegründet und ein Firmenimperium. Er ist erst vor sechs Jahren pleite gegangen und seither geht es ihm blendend. Die Exgesundheitsministerin leitet wieder ihr Spital, und der Exverteidigungsminister sitzt im Aufsichtsrat der Chemie Linz AG. Dort trifft er bei den Aufsichtsratssitzungen immer einen Exbürgermeister von Wien, dessen Schwager es immer rechtzeitig wußte, wenn die Gemeinde Wien ein Grundstück zu kaufen plante, und dieses immer schon gekauft hatte. Ja, und der Finanzminister, der kann es noch zum Bundeskanzler bringen.

Daß das alles Einzelfälle sind, wird schon daraus klar, daß fünf Tage nach der Veröffentlichung der bewußten Umfrage ein Oberamtsrat der Wiener Stadtwerke verhaftet wurde, weil die Firma, mit deren Chef er häufig zum Sektfrühstück und anderen Mahlzeiten ging, dann auch von ihm die entsprechenden Aufträge bekam. Denn daß bestechliche Beamte verhaftet und bestechliche Politiker aus ihren Ämtern entfernt und in die Wirtschaft abgeschoben werden, beweist ja hinlänglich, daß es sich um Ausnahmefälle handelt, sonst wären die Ministerien leer und die Gefängnisse beziehungsweise Aufsichtsräte überfüllt. Die Volksmeinung allerdings scheint davon auszugehen, daß man diejenigen, die noch unbescholten sind, nur nur noch nicht erwischt hat, oder vielmehr erwischen wollte. Denn wer schon daran gewöhnt ist, daß beim Anschließen eines neuen Gasofens dem kontrollierenden Beamten ein paar Hunderter ins Antragsformular gelegt werden müssen, und daß man, bevor man in manchen Städten eine Gemeindewohnung bekommt, erst der richtigen Partei beitreten muß, erwartet sich von den höheren Regionen auch nur, daß dort halt die Summen, um die es geht, höher sind.

Was die sogenannte "Parteibuchwirtschaft" anlangt, so fällt sie, einer Äußerung zufolge, die der Innenminister kürzlich getan hat, überhaupt nicht unter den Begriff der Korruption, sondern bedeutet gewissermaßen sogar einen unverzichtbaren Bestandteil der Demokratie. Auf den Vorwurf der Oppositionspartei, er habe bei der Bestellung des Leiters des Erkennungsdienstes im Wiener Sicherheitsbüro dem Parteifreund der Opposition seinen eigenen Parteigenossen vorgezogen, meinte der Innenminister, dem Parlamentsbericht der "Wiener Zeitung" zufolge, "es sei in einer Demokratie legitim, wenn diejenigen, die das Vertrauen ihrer Kollegen in geheimer Wahl errungen hätten, sich um diese kümmerten". Das versteht sich, denn bekanntlich wird der Innenminister von seinen Kollegen im Ministerium gewählt. Und zwar damit er sich um ihre Sorgen und Kümmernisse und vor allem um ihre Beförderung kümmere.

Aber wie schön wäre doch das Leben, wenn sich die Politiker nur dazu bestechen lassen würden, ungesetzliche Handlungen zu begehen. Viel schlimmer sind doch die gesetzlichen Handlungen, zu denen sie sich bestechen lassen.

Was sind schon die Millionen, die ein Finanzminister vielleicht unter der Hand seinen Freunden zukommen lassen kann, gegen die Milliarden, die er ihnen mittels Budgetgesetz schenkt.

Was ist schon die Tatsache, daß sich ein paar Beamte und Kapitalisten auf ungesetzliche Weise am Bau eines Krankenhauses bereichern, gegen die Tatsache, daß das Gesetz es allen Kapitalisten erlaubt, sich auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter zu bereichern.

Was ist schon die Schiebung bei der Bestellung eines Schuldirektors gegen das Gesetz, das ihm in jedem Fall vorschreibt, seine Schüler entweder zu Lakaien oder zu Analphabeten zu erziehen.

Was macht es noch für einen Unterschied, ob der Innenminister seine Spitzel, die er gegen das Volk einsetzt, nach der Befähigung zum Bespitzeln oder nach dem Parteibuch auswählt.

Bleibt noch die Geschichte von dem Mann zu erzählen, der einen Abgeordneten dazu bestechen wollte, einmal ohne jede Beschönigung im Parlament über den Gesundheitszustand der Schichtarbeiter zu sprechen und ein Gesetz zu fordern, das jede Rücksicht auf die Profite der Unternehmer die Schichtarbeit verbietet.

Der Mann hatte hunderttausend Schilling erspart, und die wollte er nun dazu verwenden, einen Abgeordneten einmal zu einer anständigen Handlung zu bestechen.



Im Amtskalender suchte er nach einem geeigneten Opfer. Er fand dort unter den Abgeordneten Ministerialräte und Finanzbeamte, Oberlandesgerichtsräte und Rechtsanwälte, Steuerberater und Schulinspektoren, Amtsstellenleiter und Obermagistratsdirektoren, Fleischermeister und Kaufleute, und er dachte sich, daß er bei diesen mit seinen Ersparnissen wohl auch nicht viel erreichen würde. Dann fand er schließlich einen Oberkranführer, und er dachte sich, wenn der als Arbeiter nicht von selbst einsieht, wie notwendig so ein Gesetz wäre, dann kann er sicher doch wenigstens mein Geld gut brauchen, um sich einmal mit seiner Familie etwas zu gönnen. Doch als er sich näher erkundigte, war der Kranführer schon längst Obmann der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse und saß im Aufsichtsrat der VOEST.

Und dann fand der Mann einen Abgeordneten, bei dem war Bauer als Beruf angeführt, doch der saß im Aufsichtsrat der Österreichischen Hagelversicherung. Dann fand er einen Maschinenschlosser, doch der bezog nur mehr sein Gehalt von der Bundesbahn, und war sonst Bürgermeister von Uttendorf, Aufsichtsrat der Gletscherbahnen Kaprun AG und der Wohnbaugenossenschaft Bergland.

Und so ging es weiter. Ob einer nun Glasmacher war, oder ein biederer Huf- und Wagenschmied, Landwirt oder Postbeamter, immer hatte er mindestens schon einen Aufsichtsratssitz, war von irgendetwas Obmann und von etwas anderem Stellvertretender Präsident, und verdiente das, was ihm unser Mann anbieten wollte in einem Monat oder in zwei Wochen.

"Ich zweifle nicht mehr daran", sagte der Mann, der selber Arbeiter war, "daß unsere Politiker unbestechlich sind. Nämlich für uns. Was nützt es uns, daß wir Abgeordnete wählen können, wenn wir zu arm sind, um sie zu bestechen. Demokratie gibt es nur für Fabriksbesitzer. Solange die Arbeiter nicht auch die Fabriken besitzen, wird es für sie keine Demokratie geben." (sj)